

EDITORIAL

Das zweite Heft des 25. Jahrgangs ist ein Unikum. Es enthält außer dem Referat von Bischof Abromeit unter der Überschrift »Zwei Völker – ein Land – Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina« und die Stellungen dazu nur eine Meldung über den neuen Interreligiösen Kalender. Die Länge des Vortrags von Bischof Abromeit und die der Stellungen haben alles andere Material, das bereits für den Druck vorbereitet war, verdrängt. Das Thema ist wichtig genug, um ihm ein ganzes Heft zu widmen.

Ich habe Bischof Abromeit in Erinnerung, als er noch Vikar an der Erlöserkirche in Jerusalem war. Er ist Israel, Palästina und dem Nahen Osten treu geblieben. Er ist Vorsitzender des Jerusalem Vereins, im Vorstand der Evangelischen Jerusalem Stiftung und stellvertretender Vorsitzender des Fördervereins für die Bethlehem Akademie Dar al-Kalima, die von Pfarrer Mitri Rahab gegründet wurde. Der Vortrag aber über Israel, Palästina und dem Nahostkonflikt, in einer merkwürdigen Verwobenheit von einem schiefen Blick auf die Politik und einer veralteten Theologie, die von den Erkenntnissen im christlich-jüdischen Gespräch der letzten 70 Jahre nicht berührt ist, ist an vielen Orten und auch in der Presse auf Unverständnis gestoßen und hat einen Sturm der Empörung hervorgerufen.

Die Diskussion dazu ist insofern interessant, da es sich um einen deutschen Bischof handelt, der sich sein Lebtage mit den Fragen des Nahen Ostens befasst hat, der warmherzig und einfühlsam zum Leid der Juden unter dem Nazi-Regime in seinem Vortrag sich äußert, dann aber doch die Nakba, das palästinensische Leiden, mit der Schoah der Juden vergleicht und nach Meinung vieler die politische und religiöse Komponente des Konflikts Israel-Palästinas verfehlt. Vortrag und Diskussion darüber haben eine Tiefe und Dimension, der sich zu stellen lohnt.

Jerusalem, im Oktober 2019

Michael Krupp

»Zwei Völker – ein Land«

Der umstrittene Israel-Vortrag von Bischof Abromeit

Zeitzeichen September 2019– Reinhard Mawick¹

Ein Vortrag, beziehungsweise eigentlich nur die Meldung über einen Vortrag, den Nordkirchenbischof Hans-Jürgen Abromeit am 1. August in Bad Blankenburg über den Nahostkonflikt und theologische Implikationen dazu hielt, verursachten eine scharfe Verurteilung Abromeits durch die Springerpresse und durch Politiker. Zu Recht? Hier die Dokumentation des Textes. Unter dem Vortrag die Stellungnahme der Orthodoxen Rabbinerkonferenz vom 7. August 2019.

Es ist selten, dass es die Konferenz der Deutschen Evangelischen Allianz im thüringischen Bad Blankenburg in die Medien schafft. Dieses Jahr war es anders. So berichtet die BILD-Zeitung am heutigen Montag über das Referat von Nordkirchenbischof Hans-Jürgen Abromeit unter der Überschrift »Skandal um Anti-Israel-Rede von deutschem Bischof« und zitierte in ihrem Bericht eine Twitternachricht des ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten Volker Beck, der Abromeits Ausführungen als »falsche Darstellung der Geschichte des Zionismus und theologisch wirres Zeug« bezeichnet. Auch in der Tageszeitung DIE WELT wurde groß über die Sache berichtet. Unter andere wurde dort der religionspolitische Sprecher der Grünen, Konstantin von Notz, so zitiert: »Die Aussagen des Bischofs sind unsäglich und machen mich fassungslos«. Hingegen nahm der religionspolitische Sprecher der SPD, Lars Castellucci, laut »WELT« Abromeit ein Stück weit in Schutz, indem er sagte: »Abromeit jetzt als Antisemiten hinstellen und in eine Tradition mit den Deutschen Christen zu stellen«, sei »überzogen«. Woher Castellucci auf die Stichworte »Antisemit« und »Deutsche Christen« im Zusammenhang mit Abromeit kam, wurde aus dem Beitrag nicht deutlich!

Wie auch immer, Tatsache ist, dass weder die BILD, noch die WELT und sicherlich auch nicht die genannten Politiker sich zum Zeitpunkt ihrer Äußerungen gestern die Mühe gemacht hatten, den Vortrag von Abromeit zu lesen, den dieser bereitwillig auf Anfrage verschickte. Es wurde von allen offenkundig nur eine Meldung der Nachrichtenagentur IDEA ausgewertet.

¹ Reinhard Mawick ist Chefredakteur und Geschäftsführer der zeitzeichen gGmbH.

Auch meldete sich auf die Nordkirche zur Wort (<https://www.nordkirche.de/nachrichten/nachrichten-detail/nachricht/statement-der-nordkirche-klare-haltung-gegen-jede-form-von-antisemitismus/>) In dem Statement distanzierte sich die Landesbischöfin der Nordkirche, Kristina Kühnbaum-Schmidt, von Abromeit, indem sie schrieb: »Ich bin bestürzt und bedaure zutiefst, dass Ausführungen von Bischof Abromeit offenbar Anlass für Interpretationen gegeben haben, die die klare Haltung der Nordkirche gegen jede Form von Antisemitismus in Zweifel gezogen haben. Ich halte Begrifflichkeiten wie 'Überidentifikation mit Israel' für völlig unangemessen.«

Damit sich alle Interessierten ein eigenes Urteil erlauben können, dokumentiert zeitzeichen.net den Wortlaut des Vortrages, den Bischof Hans-Jürgen Abromeit am vergangenen Donnerstag unter dem Titel »Zwei Völker – ein Land – Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina« bei der 124. Konferenz der Deutschen Evangelischen Allianz in Bad Blankenburg hielt. Unter dem Vortrag finden Sie auch die Meldung von IDEA, die den Vortrag zusammenfasste.

(Es gilt das gesprochene Wort)

Seit Jahrzehnten kommt der Nahe Osten nicht zur Ruhe. Seit der Gründung des Staates Israel 1948 gab es sechs Kriege zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten, und bis heute fordern die Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern immer wieder Tote und Verletzte. Es gibt kaum eine Familie sowohl auf der Seite der Israelis als auch auf der Seite der Palästinenser, die nicht Mitglieder in diesem Konflikt verloren hat. Dadurch ist die Kluft, die die beiden Völker in diesem Land trennt, kaum überwindbar.

Als Christ lese ich die Bibel auch mit der Frage, was unsere Heilige Schrift zu einem möglichen Frieden beitragen kann. Was sagt der Tanach, die hebräische Bibel und unser Altes Testament dazu? Gibt es im Neuen Testament Aussagen, die zum Thema beitragen? Fördern diese Texte den Frieden, oder verhindern sie ihn gar? Gibt es Hoffnung auf ein friedliches Miteinander von Israelis und Palästinensern, von Juden, Christen und Moslems? Ich meine, dass es Hinweise zu einer biblischen Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina gibt. Bevor wir jedoch dazu kommen, möchte ich versuchen, in diesem Vortrag über die Hintergründe des Konfliktes zu informieren, die unterschiedlichen Narrative von Israelis und Palästinensern zu verstehen, und zeigen, wie auch wir als Christen und als Deutsche in diesen Konflikt verwickelt sind.

In der Regel ist es so, dass wir in Deutschland in der Regel wenig über die differenzierten Hintergründe des Israel-Palästina-Konfliktes wissen. Das hält die meisten aber nicht davon ab, eine feste Meinung dazu zu haben und feste Standpunkte einzunehmen. Ich versuche täglich dazu zu lernen, einen möglichst neutralen Standpunkt einzunehmen und Verständnis für die berechtigten Sichtweisen beider Seiten aufzubringen. Aber was sind berechnigte Sichtweisen?

Das Bild ist unglaublich komplex. Hinter jedem Erlebnis stehen geschichtliche Vorgänge, ohne die die Gegenwart gerade in Israel und Palästina nicht verstanden werden kann. Ich werde mich bemühen zumindest den wichtigsten Teil dieser Hintergründe zu erläutern, damit deutlich wird, was heute im Land der Bibel geschieht.

I. Zur Genese des Konfliktes

1. Der Nahostkonflikt begann in Europa

Die Ursachen des Konfliktes liegen nicht nur in Israel und Palästina, auch nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Europa und Deutschland, ja auch in Kirche und Theologie. Auch wenn wir heute gern vom jüdisch-christlichen Erbe reden, so gibt es doch eine lange Geschichte der Entfremdung von Juden und Christen. Bis zum frühen Mittelalter waren die Juden in den verschiedenen Ländern Europas noch überwiegend geduldet, doch im Laufe des Hochmittelalters kam es bald zu scharfen Trennungen, zu Pogromen und Ausweisungen. Nach und nach wurden die Juden aus den Territorien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation vertrieben, so etwa 1492 aus Pommern und Mecklenburg. Im Unterschied zur Mehrheit der christlichen Bevölkerung war das Leben der Juden des Mittelalters und der Frühen Neuzeit damit von großer Unsicherheit und daraus folgend von Mobilität geprägt. Die christliche Mehrheitsbevölkerung ließ die jüdische Minderheit nicht zur Ruhe kommen. Weithin blieben deswegen Juden in Europa heimatlos. Diese Jahrhunderte währende Geschichte des Versagens der christlichen Mehrheitsgesellschaft muss man vor Augen haben, wenn man über den Nahostkonflikt nachdenkt. Weil die politischen Vorformen dessen, was heute Deutschland ist, nicht in der Lage waren, jüdischen Mitbürgern eine volle Integration

zu ermöglichen, ist die sog. »Judenfrage« erst zu dem Problem geworden, als das es die Juden im 19. Jahrhundert zu Recht empfunden haben.

2. Der Geburtsfehler des Zionismus (Theodor Herzl – Martin Buber – Benjamin Netanjahu)

Nach Europa gehört auch die Entstehung des Zionismus, den Theodor Herzl (1860–1904) mit seinem Buch: »Der Judenstaat – Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage«(1896) maßgeblich beeinflusst hat. Herzl verstand das Judentum als Volk und wollte dem heimatlosen Volk ein Heimatland geben. Herzl und der frühen zionistischen Bewegung ging es nicht um die Gründung eines religiös geprägten Gottesstaates. Er war säkular ausgerichtet und hatte homogene Siedlungsgebiete vor Augen, wie dies die Europäischen Nationalbewegungen auch zu erreichen suchten.

Im Lande Palästina hatte die faszinierende Aufbauarbeit der zionistischen Siedler in den Städten und in den Kibbuzim, den sozialistischen Gemeinschaftssiedlungen, zugleich die Kehrseite, dass sie die ansässige arabische Bevölkerung nicht als gleichberechtigt ansahen und darum auch keine Begegnung mit den früheren Bewohnern des Landes suchten, sondern jüdische Parallelgesellschaften bildeten.

Ein anderer Teil der jüdischen Tradition führte Martin Buber (1878–1965), den großen jüdischen Bibelwissenschaftler und Philosophen, zu einer völlig anderen politischen Position. Er wollte keinen separaten Judenstaat, sondern hatte die Vision eines bi-nationalen Staates, eines Landes mit zwei Völkern[1], die beide gleichberechtigt miteinander leben, Handel treiben und die Zukunft gestalten sollten.

Es war ein Geburtsfehler des Zionismus, dass er nicht diese Tradition aufnahm, sondern stattdessen sich für einen jüdischen Nationalstaat entschied und gleichzeitig behauptete, das jüdische Gemeinwesen könne in einem in wesentlichen ungenutzten Landstrich aufgebaut werden. Der frühe Zionismus formulierte dazu ein griffiges Schlagwort: »Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land.«

Blickt man auf die Bevölkerungszahlen, dann stellt sich schnell heraus, dass dies nichts mit der Wirklichkeit zu tun hatte. Mitte des 19. Jahrhunderts lebten im Gebiet des heutigen Israel-Palästina etwa 500.000 Araber und 17.000 Juden, die jüdische Bevölkerung machte also etwa 3, 5 % aus. Die ersten genau belegten Zahlen haben wir erst aufgrund des ersten

Zensus der britischen Mandatsregierung von 1922. Danach sind von 757.182 Einwohnern 78 % Muslime, 11 % Juden und 9, 6 % Christen. Durch mehrere Einwanderungswellen, die besonders auf Grund der Shoah-Flüchtlinge aus Europa answollen, wuchs die Zahl der Juden bis zur Ausrufung des Staates Israel auf ca. 650.000 Personen an und machte damit rund ein Drittel der Bevölkerung aus.

Wie stark jedoch die Legende von dem »Land ohne Volk für ein Volk ohne Land« bis heute verfängt und politische Wirkung entfaltet, illustriert eine Begegnung von der die Frau König Husseins von Jordanien berichtet. Am Rande des Treffens mit Benjamin Netanjahu, dem damaligen und heutigen Ministerpräsidenten Israels mit König Hussein von Jordanien und dem Palästinenserführer Jassir Arafat auf Einladung des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton im Oktober 1996 in Washington trafen sich auch Frau Netanjahu und die Frau von König Hussein, die gebürtige Amerikanerin Königin Noor. Bei dieser Begegnung drückte die Königin ihre Enttäuschung darüber aus, dass die Gesprächsatmosphäre zwischen Israelis und Arabern von so vielen Legenden und Propaganda geprägt sein. Als Beispiel nannte sie die Beschreibung Palästinas durch den Zionismus. Es würde nicht anerkannt, dass seit Jahrtausenden Araber in diesem Land lebten und ihre Heimat hatten, sondern als ein »Land ohne Menschen für Menschen ohne Land«. Königin Noor beschreibt die aufgebrachte Reaktion von Frau Netanjahu in ihrem Buch wie folgt: »Was meinen Sie damit?«, sagte sie (Frau Netanjahu, H.-J.A.). Als die Juden in diese Region kamen, gab es hier keine Araber. Sie kamen, um Arbeit zu suchen, als wir die Städte bauten. Davor gab es hier gar nichts.«[2] Wenn selbst die Frau des aktuellen israelischen Regierungschefs dieser Legende erliegt, wird verständlich, wie schwer die Suche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts ist, der beiden Seiten ihr Recht lässt.

3. Die britische Mandatszeit 1919–1948

Im Ersten Weltkrieg stand das Osmanische Reich, zu dem auch das Heilige Land gehörte, auf der Seite des deutschen Kaiserreichs und Österreich-Ungarns. Während des Krieges versuchten vor allem die Briten, gleichzeitig die jüdische Bevölkerung an sich zu binden und die arabische Bevölkerung zum Aufstand gegen die Osmanen zu bewegen. Sie machten beiden Seiten Versprechungen für den Fall, dass mit einem Sieg die osma-

nische Herrschaft endete. Diese ambivalente Politik versprach gleichzeitig eine »nationale Heimstätte für Juden« und einen arabisch-palästinensischen Staat. Auch wenn dieses Versprechen an die Juden mit der so genannten Balfour-Erklärung von 1917 nicht zwingend einen souveränen jüdischen Staat verlangt, so provoziert diese unscharfe Formulierung doch eine solche Auslegung. Zumindest hat die jüdische Seite die Rede von der »nationale Heimstätte für Juden« so verstanden.

Einerseits wollte Großbritanniens über die Heiligen Stätten herrschen, andererseits ließen sich die Interessen der ursprünglichen arabischen Bevölkerung und der wachsenden jüdischen Gemeinschaft nicht in gleicher Weise wahren. Während an einigen Stellen Juden und Araber friedlich zusammenlebten, entwickelten sich doch weiterhin zunehmend separate Gemeinwesen. Bald kam es auch zu ersten Massakern auf beiden Seiten. Juden wie Araber bildeten geheime Armeen und Terrorgruppen, die sich gegen die jeweils andere Volksgruppe und gegen die britische Herrschaft richteten.

Nachdem im Juli 1938 auf der Konferenz von Evian[3] viele Staaten es ablehnten, Juden als Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen so Schutz vor der nationalsozialistischen Judenverfolgung zu bieten, kamen während des Zweiten Weltkrieges noch einmal viele Juden nach Palästina. Nach Ende des Krieges folgte eine weitere Einwanderungswelle von Shoah-Überlebenden. Die britische Regierung sah sich nicht mehr in der Lage, die Situation zu kontrollieren und einer Lösung zuzuführen und beschloss deswegen zum 15. Mai 1948 den Abzug ihrer Truppen. Insgesamt hatte dieser Kampf um europäischen Einfluss die Interessen der einheimischen Bevölkerung missachtet.

4. Der jüdisch-arabische Krieg 1948/49 und die Staatsgründung Israels

Bereits vor dem Abzug der Briten kommt es zum Bürgerkrieg zwischen Juden und Arabern. Als David Ben Gurion am 14. Mai 1948 den Staat Israel als jüdischen Staat ausruft, rücken einen Tag später die Armeen der arabischen Nachbarländer Ägypten, Irak, Libanon, Transjordanien und Syrien gegen den neuen Staat vor. Die Arabische Liga drohte mit der Ausrottung der israelischen Juden.

Die Vermittlungsversuche der neu gegründeten Vereinten Nationen scheiterten, die Teilungspläne fanden nie die Akzeptanz beider Seiten. Eine

Folge des Krieges war das bis heute im Konflikt zentrale Problem der über 700.000 palästinensischen Flüchtlinge, die in den Nachbarländern, dem Gazastreifen oder dem Westjordanland in Lagern unterkamen. Dass auch nach über 60 Jahren außer Jordanien bis heute kein arabisches Land die Flüchtlinge zu integrieren versucht, ist ein Skandal. Viele leben noch heute unter slum-ähnlichen Bedingungen in Lagern und fordern für sich und ihre inzwischen etwa 4 Millionen Nachkommen ein Rückkehrrecht in das alte Palästina. An der Frage der Flüchtlingsrückkehr ist bisher jeder Versuch einer Friedenslösung gescheitert. Zugleich zeigte sich, dass offensichtlich auch die arabischen Nachbarn nicht daran interessiert sind, den Konflikt einer friedlichen Lösung zuzuführen.

Eine neue Generation israelischer Historiker stellt sich inzwischen offen gegen die in israelischen Geschichtsbüchern vertretene Version, dass die Araber – von den Nachbarstaaten angelockt – freiwillig ausgewandert seien. Sie konnten belegen, dass viele Araber seit April 1948 wegen gezielter Anschläge auf ihre Wohngebiete flüchteten. Die alten arabischen Dörfer wurden aus kriegsstrategischen oder aus Siedlungsgründen dem Erdboden gleich gemacht. An dieser gezielten Vertreibungspolitik macht der Historiker Ilan Pappé die »ethnische Säuberung«[4] Palästinas durch Israel fest. Der Begriff der Naqba (»Katastrophe«) bezieht sich genau auf diese Erfahrung. Für den palästinensischen Narrativ[5] spielt er eine ebenso große Rolle wie die Shoa für Israel.

Gewaltakte gegen alteingesessene jüdische Gemeinschaften in den arabischen Ländern infolge des Krieges führten dazu, dass über 850.000 arabische Juden fliehen mussten, von denen etwa 550.000 nach Israel kamen.

5. Der Sechs-Tage-Krieg 1967

1967 überfiel Israel einem arabischen Angriff zuvorkommend Ägypten, zerstörte in diesem Überraschungsangriff beinahe dessen ganze Luftwaffe und begann so einen Krieg mit den arabischen Nachbarländern. Als Ergebnis dieses präventiven Angriffskrieges eroberte Israel das Westjordanland, den Gazastreifen und die Sinaihalbinsel und den Golan. Während der Sinai durch Friedensvertrag 1980 wieder Ägypten übergeben wurde, dauerte die Besetzung des Gazastreifens bis August 2005 38 Jahre, und die bis heute andauernde Abriegelung des Gazastreifens durch Israel

verhindert nicht nur den Aufbau einer Infrastruktur, sondern auch die Entwicklung einer palästinensischen Zivilgesellschaft. Die Besetzung des Westjordanlandes dauert seit nunmehr 52 Jahren in unterschiedlicher Härte an. Das bedeutet, dass die übergroße Mehrheit der Bewohner der besetzten Palästinensergebiete unter israelischer Besatzung geboren ist und niemals etwas anderes als Unterdrückung erlebt hat. Das ist eine schwere Bürde für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen und palästinensischer Eigenverantwortung. Im Grunde haben wir es mit einer traumatisierten Gesellschaft zu tun.

6. Das Osloer Friedensabkommen 1994

Unter den zahlreichen Initiativen zum Frieden in diesem Konflikt war das Osloer Abkommen von 1993 bis 1995 das hoffnungsvollste. Die Spitzenrepräsentanten beider Seiten waren der israelische Premierminister Jitzchak Rabin und der Palästinenserführer Jassir Arafat. Sie beschlossen den schrittweisen Abzug der israelischen Armee aus großen Teilen des Westjordanlandes und aus dem Gazastreifen sowie eine palästinensische Selbstverwaltung in diesen Gebieten. Die Palästinensische Autonomiebehörde wurde aufgebaut, eine Polizeitruppe gegründet und das Westjordanland in drei Zonen unterteilt: eine Zone unter palästinensischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung (A-Zone), eine unter palästinensischer Zivil- und israelischer Sicherheitsverwaltung (B-Zone) und eine unter israelischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung (C-Zone). Andere zentrale Probleme wie die Frage nach dem Status von Jerusalem und nach den palästinensischen Flüchtlingen blieben ausgeklammert. Die Idee war, durch schrittweise Übertragung von staatlicher Autorität Vertrauen aufzubauen, so dass am Ende eines Friedensprozesses eine Selbstverwaltung, vielleicht sogar ein eigener palästinensischer Staat für die Palästinenser stehen könnte. Hier hat die sogenannte Zwei-Staaten-Lösung ihren Ursprung. Ohne Friedensprozess wird es nie zu einem Palästinenserstaat an der Seite Israels kommen können. Ins Stocken kam der Friedensprozess durch die Ermordung von Jitzchak Rabin durch Jigal Amir, einen jüdischen Extremisten, am 4. November 1995. Außerdem gelang es den Palästinensern unter Jassir Arafat in der Folge nicht, eine funktionierende Administration aufzubauen und sich zu einer Zustimmung zu dem in Weiterentwicklung des Oslo-Friedensprozesses von den Israelis gemachten weitgehenden Angebot durch zu ringen.

Seitdem hat sich die Situation wieder erheblich verschlechtert und verschlechtert sich permanent. Die politischen Verhältnisse in Israel haben sich weit nach rechts verschoben, Ariel Sharons Besuch des Tempelberges im Jahr 2000 hat die Al-Aqsa-Intifada ausgelöst und Israel sah sich aufgrund der Selbstmordattentäter gezwungen, einen wirkungsvollen Schutz gegen Terroristen zu bauen. Diese Sperranlage, insgesamt 759 km lang, wird über etwa 700 km als ein schwer gesicherter Stacheldrahtzaun ausgeführt und im restlichen Teil als eine bis zu 8 Meter hohe Mauer gebaut. Dadurch ist das Westjordanland in ein riesiges Gefängnis verwandelt worden.

Wir haben nun die Entstehung des Israel-Palästina-Konfliktes vor Augen und es ist jedem Beobachter klar, dass auf diesem Hintergrund Aussöhnung der streitenden Parteien und der Aufbau einer Friedensordnung sehr schwer sein muss. Es treten aber noch einige Gründe hinzu, die Frieden in Israel-Palästina fast unmöglich sein erscheinen lassen. Wir werfen einen Blick auf weitere Belastungen, die zu den Verletzungen durch den Geschichtsverlauf noch hinzutreten.

I. Ist Frieden möglich?

1. Im Israel-Palästina-Konflikt begegnet uns der europäische Nationalismus

Im 19. Jahrhundert kamen in Europa die die europäische Geschichte mehr als ein Jahrhundert lang prägenden Nationalismen auf. Die Französische Revolution war das Fanal zu einer tiefgreifenden Umgestaltung der Gesellschaft, dessen Folgen bis in die Gegenwart nachhallen. Nachdem den alten Monarchien buchstäblich der Kopf abgeschlagen wurde, brauchte es eine neue Idee, ein neues Konzept auf dem die Staatengebilde ruhen konnten. Im Zeitalter der aufkommenden Religionskritik und des in Konfessionen gespalteten Europas erwartete man nicht von der Religion die einigende Kraft, sondern von der Idee der Nation. Es war eine Zeit großer gesellschaftlicher Umwälzungen. Überall kam Bewegung in verkrustete Strukturen. Die Idee eines Nationalstaates war gerade für Deutschland revolutionär und versprach die Lösung vieler politischer Probleme. Seine Grenzen waren unscharf umrissen, sein Territorium glich

nach innen einem Flickenteppich zahlreicher politischer unterschiedlicher Einheiten, von Königreichen, Herzogtümern und Stadtstaaten.

Von einem Nationalstaat versprach sich auch das liberale Judentum die Möglichkeit, selbst gleichberechtigter Teil der Nation sein zu können. Das war im alten Europa mit seiner ständischen Ordnung undenkbar gewesen. Die reale Entstehung der Deutschen Nation spaltete das Judentum. Denn anstelle eines säkularen Nationalstaates, indem die jüdische Bevölkerung selbstverständlich Teil gewesen wäre, entstanden ein preußisch-protestantisch dominiertes Deutsches Kaiserreich und eine österreichisch-katholisch geprägte Donaumonarchie. Ein Teil des jüdischen Bürgertums suchte die Integration in diese nationalstaatlich geprägten Monarchien, ein anderer Teil suchte neue Wege. Der Zionismus entstand maßgeblich durch das Judentum des Kaiserreichs und Österreich-Ungarns mit dem Ziel der Gründung eines eigenen Nationalstaates.

Unter dem Dach der Nation gewann ab dem Beginn des 20. Jahrhunderts eine weitere Entwicklung Bedeutung: das Entstehen der völkischen Bewegung. Das Volk und die Nation wurden gleichgesetzt und damit das Ideal einer monoethnischen Nation ausgegeben. Ein solcher Nationalstaat habe das Ziel, ethnisch homogene Siedlungsgebiete herzustellen. Die dazu angewandte Methode waren häufig genug so genannte »Ethnische Säuberungen«.

2. Das Erbe kolonialistischer Machtpolitik

Der Erste Weltkrieg hinterließ in Europa und dem Nahen Osten einen Scherbenhaufen der Nationen. Allerorten wurden neue Grenzen gezogen, so auch im alten Osmanischen Reich. Dabei gingen u.a. England und Frankreich in alter kolonialistischer Manier vor und teilten den Nahen Osten nach machtpolitischen Interessen auf. Das Sykes-Picot-Abkommen von 1916 dokumentiert, wie Grenzen mit dem Lineal gezogen wurden, aber nicht unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Völkerschaften und religiösen Gruppen, die in diesen Gebieten heimisch waren. Das große Kurdistan, die Aufspaltung des Islam in Sunniten und Schiiten, Wohngebiete der christlichen Minderheiten – alles das wurde von Frankreich und England so gut wie nicht berücksichtigt. In dieser unbedachten Grenzziehung liegen zahlreiche Konflikte begründet.

3. Der Staat Israel als Sekundärfolge der Shoa

Ein weiterer – im direkten Wortsinn – Stolperstein für den Frieden im Nahen Osten liegt vor unserer Haustür in Deutschland. Jedes Mal, wenn ich in die Altstadt von Greifswald gehe, komme ich keine 200 Meter vom Bischofshaus entfernt an zwei »Stolpersteinen« vorbei. In der Robert-Blum-Straße Hausnummer 11 erinnern zwei Messingplaketten im Boden an Paula Sichel und Alice Weißmann, die im Alter von 62 und 74 Jahren nach Theresienstadt deportiert und wenig später dort auch ermordet worden sind.

Zwei ältere Damen aus der Nachbarschaft, die einfach verschwinden. Was mögen die Nachbarn gedacht haben? In Greifswald, in ganz Deutschland. Wir treffen auf millionenfaches Schweigen, weil jeder Einzelne Angst hatte, sich in Gefahr zu bringen. Doch ohne dieses Schweigen hätten die Nazis ihre Verbrechen nicht ausführen können. Ein Beleg dafür ist das sog. »Euthanasieprogramm«, mit dem die Nazis geistig behinderte Menschen ermorden ließen. Sie haben das Programm gestoppt, weil der Münsteraner Kardinal von Galen die Verbrechen im Gottesdienst öffentlich angeprangert hatte und durch die Zustimmung vieler Menschen für die Nazis unangreifbar war. Bei den Juden war das damals anders. Sie hatten keine Lobby, zu wenig Fürsprecher. Zu tief saß der Antijudaismus in der Bevölkerung. So war das Schweigen der Masse Zustimmung für die Politik der Nazis. Auch die Kirchen haben geschwiegen, wollten sich nicht in die Politik des Staates einmischen. Selbst die bekennende Kirche war still, lediglich einzelne, wie Dietrich Bonhoeffer (1906–1945) haben sich früh geäußert und auch später Widerstand geleistet.

Die »Stolpersteine« werfen in mir die Frage auf: was hätte ich getan? Und sie geben dem anonymen Grauen ein Gesicht. Es fand hier statt, in unserer Mitte, in den Straßen, in denen wir heute wohnen. Welche eine schwere Schuld hat das deutsche Volk mit diesem Kapitel seiner Geschichte auf sich geladen?! Es hat Jahrzehnte gedauert, dass wir uns dieser Schuld stellen konnten, und manche tun sich bis heute schwer damit. Die schiere Zahl der Opfer übersteigt unsere Vorstellungskraft: sechs Millionen ermordeter Jüdinnen und Juden, das sind so viele Menschen wie Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg zusammen Einwohner haben. Menschen, die in unserer Mitte lebten, denen man auf den täglichen Wegen begegnete, Kinder, Eltern, Großeltern, Bewohner des Nachbarhauses.

Deswegen finde ich das Kunstprojekt der »Stolpersteine« von Gunter Demnig so gut und wichtig, weil es uns aufmerksam macht auf das, was sich in den Häusern abgespielt hat, in denen wir heute wohnen. Es gehört zu unserem Erbe, dem wir uns stellen müssen, das wir niemals abschütteln können. Die Shoa macht auf schreckliche Weise deutlich, wozu Deutsche fähig waren und wozu der Mensch überhaupt fähig ist. Es ist klar, dass es schwer fällt, auf dem Hintergrund einer solchen Schuldgeschichte nüchtern die Lage in Israel-Palästina zu analysieren. Als Deutsche erwächst uns aus der von Deutschland ausgegangenen Judenvernichtung eine Verantwortung für das Schicksal der Überlebenden der Shoa und die weitere Existenz des jüdischen Volkes. Natürlich hatte die Shoa auch geschichtliche Auswirkungen in Nahost. Es sind vor allen Dingen drei Faktoren, die berücksichtigt werden müssen:

1. Nur durch den starken Anstieg der jüdischen Einwanderung nach Palästina im zweiten Viertel des 20. Jahrhunderts wird eine jüdische Staatsgründung in Palästina möglich.

2. Die Erfahrung der Judenvernichtung schafft weltweit eine Bereitschaft zur Anerkennung des am 14. Mai 1948 gegründeten Staates Israel.

3. Aus dem Schuldbewusstsein der Deutschen folgt eine Überidentifikation mit dem Staat Israel. Es wird bewusst nicht unterschieden zwischen dem biblischen Israel und dem heutigen Staat Israel. Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland gehen so weit, das Eintreten für die Sicherheit des Staates Israels zur Staatsraison für Deutschland zu erklären. Da sich der Staat aber als Jüdischer Staat versteht, folgt daraus prinzipiell die Benachteiligung der Palästinenser und eine Zurücksetzung ihrer berechtigten Sicherheitsinteressen.

Es ist unglaublich kompliziert, diese Gemengelage aus Schuld, Verantwortung und Verpflichtung zwei Völkern gegenüber bei einer Betrachtung des Israel-Palästina-Konfliktes zu berücksichtigen. Man kann eigentlich nur daran scheitern. Aber unter diesem Komplexitätsniveau geht es nicht. Dazu tritt ein weiterer Faktor.

4. Die religiöse Aufladung des Landes

Während ansonsten weltweit versucht wird, strikt zwischen der Sphäre der Religion und der Sphäre der Politik zu unterscheiden, gilt dies für die Beurteilung der Politik in Israel nicht. Vielfach wird gerade die Unter-

scheidung dieser beiden Sphären als Folge der Reformation, als einer ihrer Errungenschaften für die moderne Welt bezeichnet. Martin Luther hatte ja grundsätzlich zwei Wirkweisen Gottes in dieser Welt unterschieden. Gott wirkt in der Welt einerseits durch die Mittel der Politik, zu denen Gewaltanwendung gehört. Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Die Politiker sind an die Anwendung der Gebote Gottes im weltlichen Bereich gewiesen und sollen auf diese Weise Gerechtigkeit und Frieden herstellen. Andererseits wirkt Gott in der Kirche durch die Verkündigung seines Wortes gewaltlos durch die Veränderung der Herzen. Die Aufklärung tat dazu das ihre, so dass heute nach moderner Auffassung weltweit religiöse Argumente allein keine Begründung für Politik sein können, ja es eine religiöse Begründung für einen bestimmten Staat in einem bestimmten Territorium eigentlich nicht geben kann. Politik und Theologie haben ihre eigenen Logiken. Damit ein Argument im politischen Feld überzeugt, muss es auch ohne Rückgriff auf Offenbarungswahrheiten gelten. Es muss im Rahmen der Politik ja auch diejenigen überzeugen können und für diejenigen gelten, die der religiösen Wahrheit nicht zustimmen. Der in Staat und Gesellschaft herzustellende Konsens für ein gedeihliches Miteinander ist nur mit vernünftigen Argumenten herzustellen.

Das, was ich hier auf dem Hintergrund der Unterscheidung – nicht Trennung – von politischem und theologischem Argument ausgeführt habe, kommt überein mit theologischen Aussagen, die aus dem Neuen Testament gewonnen werden. Das Neue Testament hebt nämlich die Bindung eines bestimmten Volkes an ein bestimmtes Land auf. Die im Alten Testament noch breit vertretene Auffassung, mit der Erwählung Israels verbinde sich auch der Anspruch auf das Land Israel, findet sich im Neuen Testament nicht, an keiner Stelle. Das kann kein Zufall sein. Im ganzen Neuen Testament gibt es keine positive Gewichtung der im Alten Testament noch so bedeutsamen Landverheißung. Es kann aus christlicher Sicht auch deswegen keine religiöse Legitimation für einen bestimmten Staat geben, auch nicht für den Staat Israel. Auch Israel bedarf einer Begründung auf der Ebene von Politik und Menschenrechten. Diese auszuführen, fällt auf dem Hintergrund von immer wiederkehrenden Verfolgungen, dem Recht auf Heimat und dem Zugehörigkeitsgefühl zu diesem für Israel historisch so bedeutsamen Stück Land nicht schwer. Über konkrete Grenzziehungen und die Bevölkerungszusammensetzung ist damit aber noch nichts gesagt.

Das Zurücktreten der religiösen Bedeutung des Wohnens im Lande hängt auch damit zusammen, dass das Neue Testament im Vergleich mit dem Alten Testament die Verheißungen stärker spiritualisiert. War im Alten Testament der räumlich-materielle Bezug noch stark, so wird er im Neuen Testament ganz aufgegeben. Das zeigt sich z.B. in der Stellungnahme, die Jesus auf die Anfrage der samaritanischen Frau in Johannes 4, 20 abgibt, ob es richtig wäre, auf dem Garizim (wie die Samaritaner) oder in Jerusalem (wie die Juden) zu beten: »Gott ist Geist, und die ihn anbeten, die müssen ihn im Geist und in der Wahrheit anbeten«(Johannes 4, 24). Obwohl Jesus die Herkunft des Heils von den Juden betont (4, 22), hat dies für den gegenwärtig angemessenen Kultort keine Bedeutung. Gott bindet sich nicht an ein bestimmtes Territorium. Deswegen gibt es auch nicht die Unterscheidung zwischen legitimen und illegitimen Kultorten.

Land ist Heimat, gibt Raum zum Leben. Jeder Mensch braucht ein Heimatland. Land bringt aber keine Erlösung. Genau an dieser Stelle war jüdisches Denken schon immer anders und hat es sich in den letzten 70 Jahren noch weiter vom christlichen Denken geschieden. Der in Israel sehr wirkungsmächtige Abraham Isaak ('Rav') Kook (1865–1935) wurde zum Vordenker der Siedlungsbewegung und hat so auch den Kern der Siedler, den so genannten Block der Getreuen (Gush Emunim) beeinflusst. Die Grundlage dieser Lehre ist, dass Gott gemäß der Thora Israel das Land verheißt hat. Sein Sohn Zvi Yehuda Kook (1891–1982) gründete mit einigen seiner Schüler den Gush Emunim im Februar 1974 und blieb bis zu seinem Tod der unbestrittene Leiter. Nach der Lehre der beiden, Vater und Sohn, haben die säkularen Zionisten, ohne es zu wollen, ein messianisches Zeitalter heraufgeführt. Am Ende wird der Messias kommen. Sein Kommen kann dadurch beschleunigt werden, dass möglichst viel Land durch Juden besiedelt wird. Darum ist die weitere jüdische Besiedelung des Landes eine wichtige Aufgabe. Es bringt Israel der Erlösung näher[6].

Welche Rolle spielen die Religionen in diesem Konflikt? Fördern sie den Frieden, oder verhindern sie ihn gar? Schon wenn wir in der Betrachtung des Konfliktes bis hierher gekommen sind, merken wir, dass man auf diese Frage keine einfache Antwort geben kann. Es gibt religiöse Traditionen, die den Konflikt befeuern, es gibt aber auch ebensolche, die ihn bremsen und ein Beitrag zur Lösung sein könnten.

III. Eine biblische Vision

Wir sind bereits darauf gestoßen, dass es in jeder der beiden Religionen und ihren Vertretern eine ganze Spannbreite von Einstellungen gibt, die im Blick auf die die Zuordnung von theologischen zu politischen Erkenntnissen stark differieren. Ich möchte im Folgenden skizzenartig die beiden äußeren Pole der jeweiligen religiösen Potentiale benennen und frage dann nach dem Zukunftspotential dieser Überzeugung.

1. Judentum: Zwischen »Ein Gott, ein Volk, ein Land« und »den Schwertern zu Pflugscharen«

Bei einem genauen Blick in das Alte Testament ergibt sich ein differenziertes Bild. Wir finden durchaus widerstreitende Vorstellungen vom Wohnen im verheißenen Land. Ich nenne nur zwei sehr unterschiedliche Linien:

1. Die deuteronomische Sicht der Ausrottung alles Nichtisraelischen: 5. Mose 6+7

Im 5. Buch Mose findet sich unvermittelt neben einander Aussagen, die uns heute irritieren. Direkt neben dem Grundglaubensbekenntnis Israels, dem Schema (5. Mose 6, 4–9), und wunderschönen Beschreibungen der Liebe Gottes zum Volk Israel (5. Mose 7, 7f) finden sich furchtbare Aufforderungen zur Vernichtung aller Mitbewohner des Landes (5. Mose 7, 1–5.22). Wir wissen, wie wichtig für den Erhalt Israels das Bekenntnis zu dem einen Gott gewesen ist. Das »Höre, Israel, der Herr ist unser Gott, der Herr allein« (5. Mose 6, 4ff) bildete über die Jahrhunderte den schlechthinigen Bezugspunkt dessen, was jüdisch ist. An jedem Eingang eines jüdischen Hauses, soweit es orthodox ist, ist dieses Bekenntnis in einer kleinen Metallkapsel angebracht. Es erinnert bei jedem Durchschreiten dieses Einganges an Gott. Auch Jesus hat das Schema geschätzt. Er hat es als das »höchste Gebot« bezeichnet, wichtiger als alle Brand- und Schlachtopfer (vgl. Mark. 12, 28–32par).

Im folgenden Kapitel wird das Bekenntnis Israels zu Gott begründet in der Erwählung Israels durch Gott. Hier finden sich wunderschöne For-

mulierungen, die einen auch heute noch – 2500 Jahre nach dem diese Texte formuliert worden sind – anrühren, weil sie von einem innigen Verhältnis Gottes zu Israel sprechen: »Denn du bist ein heiliges Volk dem HERRN, deinem Gott. Dich hat der HERR, dein Gott, erwählt zum Volk des Eigentums aus allen Völkern, die auf Erden sind. Nicht hat euch der HERR angenommen und euch erwählt, weil ihr größer wäret als alle Völker – denn du bist das kleinste unter allen Völkern –, sondern weil er euch geliebt hat ... »(5. Mose 7, 6ff).

In scharfem Kontrast zu diesen Worten der Liebe Gottes finden wir zu Beginn des Kapitels die Aufforderung alle anderen Völker, die Israel im Lande vorfindet, auszurotten, d.h. an ihnen »den Bann zu vollstrecken«(V. 2). Israel wird von Gott gesegnet werden mit allem Guten, was das Land hervorbringt, aber es darf die vorgefundenen Völker nicht schonen: »Du aber sollst alle Völker vertilgen, die der HERR, dein Gott, dir geben wird«(V. 16). »Dazu wird der HERR, dein Gott, Angst und Schrecken unter sie senden, bis umgebracht sein wird, was übrig ist« (V. 20). Diese Aufforderung zur Tötung aller im Lande vorgefundenen Nichtisraeliten wird begründet mit der Gefahr, dass eventuell Überlebende der bisherigen Bewohner die Israeliten zum Abfall vom Glauben an Gott verführen könnten.

Diese Aufforderung zur Gewaltausübung überspielt die Realität, nach der es nie eine Zeit gegeben hat, in der Israel das Land allein bewohnt hat. Das Richterbuch stellt das fest (Kap. 1 und 3, 1–6) und kann dem sogar einen Sinn abgewinnen: Israel soll in der Standfestigkeit seines Glaubens von Gott geprüft werden (vgl. 2, 1–5). Die Idealvorstellung bleibt aber, dass dem von dem einen Gott erwählten einen Volk das Leben in diesem einen Land entspricht (»ein Gott, ein Volk, ein Land«). Neben dieser deuteronomischen bis deuteronomistischen Linie im Alten Testament gibt es eine ganz andere Sicht auf das Zusammenleben mit anderen Völkern im Land, die wir in einigen prophetischen Texten finden.

2. Die prophetische Linie des gemeinsamen Wohnens im Lande

Diese Propheten nehmen die Realität im Land anders wahr und trauen Gott mehr zu. Die Tatsache, dass schon immer verschiedene Völker miteinander in diesem kleinen Flecken Erde von der Größe der Schweiz miteinander lebten, wird nun positiv aufgenommen. Die Propheten sehen

darin nichts Negatives, sondern die Chance zu einem Leben in Vielfalt. Dabei vertrauen sie darauf, dass sich am Ende der gute und friedensbringende Wille Gottes durchsetzt, auch wenn jetzt andere noch andere Orientierungen haben.

Einen grandiosen und zukunftsweisenden Text finden wir im Rahmen der großen Endzeitprophetie des Propheten Hesekiel. Am Ende der Zeiten wird der Anbetungsort Gottes, der Tempel, und das ganze Land erneuert werden. Dann werden die Menschen Gottes Willen tun und ein Strom des Heils wird von Jerusalem ausgehen. Zu dieser Endzeitvision gehört auch eine Neuverteilung des Landes: »Und ihr sollt dies Land austeilen unter die Stämme Israels, und wenn ihr das Los werft, um das Land unter euch zu teilen, so sollt ihr die Fremdlinge, die bei euch wohnen und Kinder unter euch zeugen, halten wie die Einheimischen unter den Israeliten; mit euch sollen sie ihren Erbbesitz erhalten unter den Stämmen Israels, und ihr sollt auch ihnen ihren Anteil am Lande geben, jedem bei dem Stamm, bei dem er wohnt, spricht Gott der HERR« (Hesekiel 47, 21–23). Die Nichtisraeliten werden behandelt wie die Israeliten. Sie erhalten im Heiligen Land Erbbesitz, d.h. den gleichen Anteil und die gleichen Rechte wie die Israeliten. Dieser Besitz soll ihnen und ihren Nachkommen gehören. Sie haben also eine sichere Existenz im Land und müssen sich über die Zukunft nicht sorgen. Das ist eine wunderbare Vision für Frieden im Lande Israel.

Einen etwas anderen Akzent setzen die prophetischen Texte aus dem Jesaja- und dem Michabuch, Jesaja 2, 1–5 par. Micha 4, 1–5; vgl. bes. V. 5! Hier erwartet der Seher, dass am Ende der Tage die Nachbarvölker Israels sich gemeinsam mit dem Volk Israel Orientierung von Gott geben lassen. Vom Zion geht Weisung für Frieden aus. Gott selbst wird dann »richten unter den Heiden und zurechtweisen viele Völker. Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen«(V. 4). Jerusalem wird dann eine Schule des Friedens für die ganze Welt.

Ich muss unwillkürlich daran denken, dass mit dem Aufkommen dieser aus diesen Prophetenworten genommenen Parole »Schwerter zu Pflugscharen« die gewaltlose Widerstandsbewegung in der DDR Aufwind bekommen hat und dann bald zu einer beachtlichen Kraft zur Überwindung des gut bewaffneten kommunistischen Staates geworden ist. Dabei ist

deutlich geworden, welche Kraft Bibelworte auch in zeitgenössischen Konfrontationen gewinnen können.

Mir stellt sich die Lage so dar, dass auch im heutigen Judentum verschiedene Ausrichtungen einander widerstreiten. Dabei wäre es gut, auch auf die Stimme der Propheten zu hören, die im Miteinander von Israel und den Völkern im Lande einen verheißungsvollen Weg in die Zukunft sehen.

2. Christentum: Vom gewaltlosen, armen Mann aus Nazareth zu den Kreuzzügen

Auch das Christentum hat nicht eine einzige und dann auch noch friedvolle Geschichte. Leider haben wir Christen die Friedensbotschaft Jesu selbst und über Jahrhunderte nicht ernst genommen. Trotzdem ist eine Ahnung von der Kraft, die in dieser Botschaft steckt, erhalten geblieben. Dies ist mir vor zehn Jahren bei einer Begegnung mit dem damaligen palästinensischen Ministerpräsidenten überraschend deutlich geworden.

2009 war ich aus Anlass des 50-jährigen Bestehens der einheimischen lutherischen Kirche im Heiligen Land. Bischof war zu der Zeit Dr. Munib Younan, auch Präsident des Lutherischen Weltbundes. Er nahm die ausländischen Bischöfe, die zu Gast waren, mit zu einer Begegnung mit dem damaligen, palästinensischen Ministerpräsidenten Dr. Salam Fayyad, einem sog. Technokraten, der keiner der palästinensischen Parteien angehörte. In dem Gespräch kamen wir auch auf die Rolle der Christen in dem Konflikt zu sprechen, da sagte der Ministerpräsident – selbst Moslem – sinngemäß: die Rolle der Christen bestehe vor allem darin, zur Gewaltlosigkeit zu mahnen. Es gebe doch auch in der Bibel diesen Satz von Jesus Christus, dass man seine Feinde lieben solle. Das sei eine unverzichtbare Botschaft der Christen in diesem Konflikt. Damit wird uns Christen – denen, die auf der einen Seite Israels, und denen, die auf der Seite Palästinas leben, und uns Christen im Ausland – eine wichtige Rolle gegeben, die sich aus unserem Bekenntnis zu Jesus Christus ergibt.

In der Verkündigung des historischen Jesus finden wir Hinweise darauf, dass er das Prinzip der Gewaltlosigkeit auch in den politischen Kampf hineinzieht. So heißt es etwa in den Seligpreisungen in Matthäus 5, 5.: »Selig sind die Sanftmütigen/Gewaltlosen, denn sie werden das Erdreich (Land) besitzen.« Jesus ist den Weg der Gerechtigkeit und der Gewaltlosigkeit gegangen. Bei seinen Jüngern waren Anhänger des gewaltsamen

Aufstandes und der frommen Erwartung, dass Gott schon alles gut machen würde.[7]

Doch Jesus selbst hat eine grundsätzlich friedfertige Linie nie verlassen. Für ihn stand stets der Schalom Gottes im Zentrum. Schalom, das meint eine Ausgewogenheit aller Lebensverhältnisse. Im Blick auf den Umgang mit den Besatzern, den Römern, wollte Jesus keine gewaltsame Auseinandersetzung. Als er auf seinem letzten Weg nach Jerusalem der Stadt nahe kommt, muss er weinen im Blick auf die Zerstörungen, die kriegerische Auseinandersetzungen mit sich bringen und er bedauert, dass es offensichtlich auf eine gewaltsame Eskalation hinausläuft: »Wenn doch auch du heute erkannt hättest, was dir Frieden bringt! Aber jetzt ist es vor deinen Augen verborgen«(Lukas 19, 42; vgl. 41–44). Jesus hat das Ziel des Shalom niemals aufgegeben. Am Ende hat er diese Ausrichtung mit seinem Leben bezahlt.

Leider ist diese klare Position Jesu von seiner Kirche an entscheidenden Stellen verlassen worden. Im Blick auf das Heilige Land ist besonders an die Epoche der Kreuzzüge zu denken. Während für uns diese Zeit vielleicht nur ein vergangenes Kapitel im Buch der Geschichte ist, ist sie in Israel-Palästina in ihren Auswirkungen höchst aktuell. Bis heute treffen wir in steinernen Monumenten und in vielen Köpfen bei Muslimen und Juden im Land auf die Anwesenheit der Kreuzfahrer. Unvergesslich ist die demagogische Wirkung der Predigt von Papst Urban II., der 1095 in Clermont zur Befreiung Jerusalems von der Macht der Muslime aufrief, und dann das Volk mit dem Satz »Gott will es!« antwortete. Dabei gingen die Kreuzfahrer bei ihrem letztlich gescheiterten Versuch, einen Gottesstaat im Lande der Bibel aufzurichten, unglaublich grausam vor. Und obwohl die Aufforderung zur Gewaltanwendung Geist und Botschaft Jesu fundamental widerspricht, hat sich das Christentum mit diesem Sündenfall in das Gedächtnis der Geschichte eingegraben.

Am Ende stehen wir vor der Frage: Mit welcher Hoffnung leben wir? Können und sollen wir etwas tun für einen Frieden in Nahost? Schon die den Christen zugeschriebene Aufgabe, an Gewaltlosigkeit bei der Suche nach einem Frieden zwischen Israel und Palästina zu erinnern, ist eine riesengroße Herausforderung. Leben wir in der Hoffnung auf das in Christus bereits angebrochene Reich Gottes, das uns im Geschenk des Glaubens bereits jetzt zu einem Leben herausfordert, das dem Schwachen dient, dem Frieden nachjagt und die Gerechtigkeit sucht?

Im Dezember 2009 hat eine Gruppe palästinensischer Christinnen und Christen aus verschiedenen Kirchen einen leidenschaftlichen Aufruf veröffentlicht, der als »Kairos-Palästina-Dokument« bekannt geworden ist. Darin heißt es unter vielem anderem: »Liebe ist das Gebot Christi, unseres Herrn, an uns, und es gilt für Freunde wie für Feinde. [...] Christus, unser Herr, hat uns ein Beispiel gegeben, dem wir nacheifern müssen. Wir müssen dem Bösen widerstehen; aber er hat uns auch gelehrt, dass wir dem Bösen nicht mit Bösem widerstehen sollen. [...] Es ist ein schwieriges Gebot, aber es muss unbedingt befolgt werden«[8] Unter diesem Anspruch können wir in unserem Engagement für einen Frieden in Nahost nicht bleiben. Ein christlicher Einsatz für den Frieden kann nur friedliche Wege dahin unterstützen.

Ich bin dankbar für die Position von »Pax Christi«.[9] Die Delegiertenversammlung 2010 der deutschen Sektion dieser katholischen Friedensbewegung hat in großer Differenziertheit und Klarheit zum Ausdruck gebracht, dass es in dem Konflikt um einen gerechten Frieden gehen muss. Darin heißt es: »Heute ist eine Situation der Gewalt eingetreten, die kaum Hoffnung auf einen gerechten Frieden verspricht. [...] Kriterien zur Beurteilung einer Politik, die dem Ziel eines gerechten Friedens dient, sind das Völkerrecht und die Menschenrechte. Von hier aus eröffnen sich Wege, aus der Sackgasse der Gewalt herauszukommen. [...] Wir sehen das berechnete Interesse des Staates Israel an der Sicherheit und Freiheit seiner Bürger/innen, und wir sehen ebenso das Recht auf Sicherheit und Freiheit der Palästinenser/innen. Die internationale Staatengemeinschaft muss beide Seiten mit dem gleichen Maßstab beurteilen: Gleiches Recht auf Sicherheit, Selbstbestimmung, Freizügigkeit, gleiche Menschenwürde. Es darf keine doppelten Standards in der Bewertung der Situation in Israel/Palästina geben.«

Dieses Statement markiert, wie unsere christliche Überzeugung in einen Prozess zur Überwindung des Konfliktes eingebracht werden kann und muss. Natürlich sind wir realistisch, unsere persönliche Überzeugung ist wichtig, aber trägt allein nicht viel aus. Umso wichtiger ist es, sich mit Gleichgesinnten zusammen zu finden, um gemeinsam etwas zu bewegen. Einseitige Analysen und Stellungnahmen helfen nicht weiter. Aus unserer Geschichte ist uns als Deutschen eine Verantwortung für die Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Staat Israel aufgetragen, aber das darf nicht auf Kosten der Freiheit und der Sicherheit der Palästinenser/innen gehen.

ser und Palästinenserinnen gehen. Doppelte Standards vertiefen den Konflikt und sind im Blick auf eine Lösung kontraproduktiv. Wir sollten versuchen, beide Narrative, den der Israelis und den der Palästinenser zu verstehen. Nachdem beinahe hundert Jahre kriegerischer Auseinandersetzung zu keiner Lösung geführt haben, werden vielleicht einzelne bereit, auf bisher marginalisierte Stimmen zu hören, wie sie z.B. Martin Buber mit seiner Vision von einem binationalen Staat erhoben hat. Die Mehrheit wird eine solche Stimme für unzeitgemäß halten. Aber wann sollen wir sie erheben, wenn nicht jetzt? Viel können wir von Deutschland aus nicht tun. Aber wir können für einen gerechten Frieden beten. Gelegentlich werden wir um Rat und Hilfe gefragt. Was in unseren Kräften steht, sollten wir den Weg zu einem gerechten Frieden unterstützen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Anmerkungen

[1] Vgl. Martin Buber, Ein Land und zwei Völker. Zur jüdisch-arabischen Frage, hg. v. Paul R. Mendes-Flohr, Frankfurt 1983.

[2] Königin Noor, Im Geist der Versöhnung. Mein Leben zwischen zwei Welten, List-Taschenbuch, Berlin 2004, 427.

[3] Eine französische Gemeinde am Südufer des Genfer Sees, in der sich vom 6. bis 15. Juli 1938 Vertreter von 32 Staaten trafen, um über Aufnahmequoten für jüdische Flüchtlinge zu verhandeln. Die Konferenz endete ohne Ergebnis.

[4] Vgl. Ilan Pappé, Die ethnische Säuberung Palästinas, Frankfurt am Main 2007.

[5] Ein Narrativ ist eine sinnstiftende Erzählung, die Einfluss hat auf die Art, wie die Umwelt wahrgenommen wird. Es transportiert Werte und Emotionen, ist in der Regel auf einen Kulturkreis bezogen und unterliegt dem zeitlichen Wandel.

[6] Erstaunlicherweise haben sich einerseits auch christliche Zionisten ein solches Denken zu eigen gemacht und andererseits findet es sich auch bei Linksprotestanten, wie dem aus der Barthschule hervorgegangenen früheren Berliner Theologen Friedrich Wilhelm Marquardt.

[7] Vgl. die Zeloten (»Simon Zelotes«) und das Schicksal Gamlas!

[8] Zitiert nach <http://www.oikoumene.org/de/dokumentation/documents/other-ecumenical-bodies/kairos-palaestina-dokument.html>, S. 9, gefunden am 3.11.2010.

[9] Siehe: <http://www.paxchristi.de/fix/files/doc/Beschluss%20Ungeteilte%20Solidarit%E4t.2.pdf>, besucht am 3.11.2010.

Bericht der Nachrichtenagentur IDEA über die Konferenz

Die Nachricht der evangelischen Nachrichtenagentur IDEA e.V. vom 2. August 2019 über den Vortrag von Bischof Hans-Jürgen Abromeit am 1. August in Bad Blankenburg (Thüringen) war Grundlage der Presseberichte über den Vortrag in BILD und WELT am 5. August 2019:

Abromeit sieht Überidentifikation der Deutschen mit dem Staat Israel

Bischof: Das resultiert aus dem Schuldbewusstsein infolge des Holocausts

Bad Blankenburg (idea) – Der Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der

Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Hans-Jürgen Abromeit (Greifswald), hat dazu aufgerufen, im Israel-Palästina-Konflikt nicht nur die israelische Sichtweise wahrzunehmen. Er habe den Eindruck, dass etwa die palästinensischen Sicherheitsinteressen in den Diskussionen in Deutschland oft nicht richtig beachtet würden, sagte er am 1. August auf der Jahreskonferenz der Deutschen Evangelischen Allianz im thüringischen Bad Blankenburg. Er hielt ein Seminar zum Thema »Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina«. Laut Abromeit resultiert aus dem Schuldbewusstsein der Deutschen infolge des Holocausts eine Überidentifikation mit dem Staat Israel. Es werde bewusst nicht unterschieden zwischen dem biblischen Israel und dem heutigen Staat. Das führe aber zu einer Vermischung der theologischen und der politischen Ebene. Ferner werde das Eintreten für die Sicherheit des Staates Israels von deutschen Repräsentanten zur Staatsraison erklärt, so Abromeit. Da sich der israelische Staat als jüdischer Staat verstehe, folge daraus prinzipiell die Benachteiligung der Palästinenser und eine Zurücksetzung ihrer berechtigten Sicherheitsinteressen.

Aussage »Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land« war eine Lüge

Ferner äußerte sich Abromeit zum Zionismus. Bei der von Theodor Herzl (1860–1904) in seinem Buch »Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage« entwickelten Idee handle es sich um die jüdische Form des im 19. Jahrhundert zunehmenden Nationalismus. Herzl habe nicht religiös argumentiert und von vornherein homogene Siedlungsgebiete vor Augen gehabt. Der politische Zionismus knüpfte nicht an die Linie der alttestamentlichen Propheten an, so Abromeit. Diese hätten immer deutlich gemacht, dass Juden nie alleine im verheißenen Land gelebt hätten. Er halte es, so der Bischof, für einen Geburtsfehler des Zionismus, dass er diese biblische Linie nicht aufgegriffen, sondern stattdessen behauptet habe, das jüdische Gemeinwesen könne in einer ungenutzten Landschaft aufgebaut werden. Die Aussage »Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land« habe von Anfang an nicht gestimmt, sondern sei eine Lüge. So hätten auf dem Gebiet des heutigen Israels und der Palästinensergebiete 1852 17.000 Juden und 500.000 Araber gelebt. Die jüdische Bevölkerung habe somit vor 170 Jahren schätzungsweise nur 3,5 Prozent der Bevölkerung ausgemacht, sagte Abromeit. Bis zur Gründung des Staates Israel im Jahr 1949 sei sie durch mehrere Einwanderungswellen und die Shoah auf 650.000 angewachsen.

Mit Waffengewalt wird kein Friede einkehren

Seit der Ermordung des israelischen Premierministers Jitzchak Rabin (1922–1995) kurz nach der Unterzeichnung des Osloer Friedensabkommens (1993) habe sich die Situation permanent verschlechtert. Der Nahostkonflikt zeige, dass mit Waffengewalt kein Frieden einkehren werde. Die Zwei-Staaten-Lösung halte er für realpolitisch faktisch ausgeschlossen. Sie werde von allen westlichen Regierungen und offiziell auch vom Staat Israel hochgehalten, obwohl alle wüssten, dass sie nicht mehr machbar sei. Dafür müsste, so Abromeit, die heutige israelische Regierung etwa eine Million jüdischer Bürger umsiedeln, die in den »besetzten Gebieten« wohnten. Er glaube, dass man den Mut haben müsse, über eine Ein-Staaten-Lösung nachzudenken. Da bestünden aber auch auf israelischer Seite Ängste. Denn wenn alle in einem Land lebten, werde die Zahl der Palästinenser in absehbarer Zeit größer sein als die der Israelis. Man könne

nicht, »wenn man ein demokratischer Staat sein will«, auf der einen Seite durch die Siedlungspolitik Fakten schaffen und gleichzeitig dauerhaft den Menschen im Westjordanland unterschiedliche Rechte zugestehen. So dürften dort lebende Juden im Gegensatz zu den dort lebenden Palästinensern wählen.

Was für die Politik des Staates Israel nicht gilt

Er frage sich, mit welcher Hoffnung Christen lebten: »Leben wir eher mit einer Hoffnung, dass doch durch kriegerische Auseinandersetzung der Friede herbeigeführt wird oder trauen wir dem Wort Jesu, dass dem Gewaltlosen am Ende das Land gehört, mehr zu?« Natürlich müsse man solche biblischen Hoffnungen in Politik umdenken. Das führe über die biblische Vision hinaus und sei unglaublich kompliziert, so der Bischof. An der Frage, wie man bei dem Konflikt die Gemengelage aus Schuld, Verantwortung und Verpflichtung zwei Völkern gegenüber berücksichtigen kann, könne man eigentlich nur scheitern. In Israel finde zudem eine religiöse Aufladung des Handelns statt. Während sonst weltweit versucht werde, zwischen der Sphäre der Politik und der Religion zu unterscheiden, gelte das für die Politik des Staates Israel, etwa in der Siedlungspolitik, nicht. Christen sollten sich die neutestamentlichen Aussagen verdeutlichen, denen zufolge die religiöse Bindung eines Volkes an ein bestimmtes Land aufgelöst werde. Abromeit bezog dies auf Johannes 4, wo Jesus auf die Frage einer samaritanischen Frau, warum die Juden Gott in Jerusalem anbeteten, antwortet, dass Gott Geist sei und im Geist und in der Wahrheit angebetet werden müsse: »Die direkte Anbindung an einen geografischen Ort wird von Jesus gelockert, sogar aufgelöst.« Das Gebet in Jerusalem zähle demzufolge nicht mehr als das an anderen Orten.

Anmerkung der Redaktion: Die idea-Meldung über das Seminar von Bischof Abromeit hat in

Medien und sozialen Netzwerken vielfach Beachtung gefunden. idea hatte die Meldung vorab an Bischof Abromeit zur Durchsicht geschickt. Er hatte außer zwei Präzisierungen keine Änderungen. (idea/02.08.2019)

Die Stellungnahme der Orthodoxen Rabbinerkonferenz vom 7. August 2019:

Stellungnahme der orthodoxen Rabbinerkonferenz zu den Äußerungen von Hans Jürgen Abromeit, Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Evangelisch Lutherischen Kirche in Norddeutschland vom 7. August 2019:

Im Rahmen seines Vortrags zum Thema »Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina« am 1. August auf der Jahreskonferenz der Deutschen Evangelischen Allianz in Bad Blankenburg.

Wir sind tief bestürzt und erschüttert über die ungeheuerlichen Äußerungen von Bischof Abromeit, die sowohl in seinen theologischen als auch in seinen politischen Aussagen vielem widerspricht, was der christlich-jüdische Dialog über Jahre und Jahrzehnte mühselig als Konsens zum Thema Land und Staat Israel erarbeitet hat. Seine Positionen führen zu keiner Lösung des Nahostkonflikts, sondern fördern den Hass auf Israel und erschweren christlich-jüdische Dialogbemühungen in Deutschland.

Deutsche Überidentifikation mit dem Staat Israel?

Laut Abromeit resultiert aus dem Schuldbewusstsein der Deutschen infolge des Holocausts eine Überidentifikation mit dem Staat Israel und er folgert sowohl aus dem Eintreten für die Sicherheit des Staates Israels als auch das Verständnis des Staates Israel als jüdischer Staat »prinzipiell die Benachteiligung der Palästinenser und eine Zurücksetzung ihrer berechtigten Sicherheitsinteressen«. Das ist eine völlig absurde Argumentation. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass es weder gesellschaftlich, noch medial eine »Überidentifikation mit dem Staat Israel« in Deutschland gibt. Ganz im Gegenteil. Studien der Bundeszentrale für politische Bildung (2002) oder von der TU Berlin (2014) kommen bspw. zu dem Ergebnis, dass in den deutschen Medien kein Land so oft kritisiert wird wie Israel und oft visuell ein Täter/Opfer-Schema gezeigt wird – mit Israel als Täter. Dieses Bild bekräftigt Abromeit mit seiner Darstellung Israels als gewalttätigen Aggressor, mit dem jeder Frieden unmöglich sei. Warum die Sicherheit eines Landes automatisch eine Benachteiligung für andere

sein soll, bleibt schleierhaft. Wird Frankreich Benachteiligt, weil Deutschland für seine Sicherheit eintritt? Werden Minderheiten in Deutschland benachteiligt, weil der Staat sich für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger einsetzt?

Politik und Religion

Völlig abstrus wird Abromeits Argumentation beim Thema Politik und Religion. Erst spricht er sich gegen eine Vermischung der theologischen und politischen Ebene aus. Dann bemängelt er, dass der politische Zionismus nicht religiös sei, um dann wiederum zu kritisieren, wie in Israel eine religiöse Aufladung des Handelns stattfindet, während sonst weltweit versucht werde, zwischen der Sphäre der Politik und der Religion zu unterscheiden. Das gelte für die Politik des Staates Israel, etwa in der Siedlungspolitik, nicht. Kurioserweise vermischt er dann aber selbst theologische und politische Forderungen, indem er »biblische Hoffnungen in Politik« umdenken will: »Ich finde sie in der Botschaft der Propheten und Jesu.« Allerdings in einem sehr eigenen Verständnis. Bezogen auf Johannes 4, wo Jesus auf die Frage einer samaritanischen Frau, warum die Juden Gott in Jerusalem anbeteten, antwortet, dass Gott Geist sei, schlussfolgert er: »Die direkte Anbindung an einen geografischen Ort wird von Jesus gelockert, sogar aufgelöst.« Später kontrastiert er die Sicht der Torah (»Ausrottung alles Nichtisraelischen«, also die jetzige Sicht der jüdischen Israelis und schlecht) mit den Propheten und der Botschaft Jesu (»gemeinsames Wohnen im Lande« und Gewaltlosigkeit, also die jetzige Sicht der christlichen Palästinenser und gut). Diese Behauptungen, dass das jüdische Volk keine Bindung an das Land Israel habe, und die Darstellung der Torah als voller Gewalt, ist aber Teil einer traditionellen antijüdischen Bibelauslegung und Theologie, die die Kirche eigentlich schon hinter sich gelassen hatte.

Die Synode der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche stellte in einer Erklärung vom 22.09.2001 fest, dass die Kirche durch antijüdische Bibelauslegung mitschuldig an der Feindseligkeit geworden ist und daher einen neuen Weg einschlagen will: »Wir wollen umkehren und einen neuen Weg suchen. Wir wollen überkommene Denkmuster, welche das Judentum verzerren, überwinden und falsche Auslegungen biblischer Texte revidieren. Christliche Verkündigung und Lehre dürfen nicht dem

Antisemitismus Vorschub leisten. Wir wollen alles tun, um in unseren Gemeinden eine Haltung der Solidarität mit Jüdinnen und Juden zu stärken.« Das will Abromeit offensichtlich nicht.

Dabei gibt es einige Stellen im Neuen Testament, die eine ganz andere Bewertung des Landes Israel ermöglichen, bspw. Apostelgeschichte 1. Solche Texte erwähnt Abromeit nicht. Der Synodalbeschluss der Rheinischen Kirche »Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden« vom 11. Januar 1980 anerkennt, »dass die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind.« Damit erhält auch explizit der moderne Staat Israel – unabhängig von der politischen Dimension oder seiner Regierung – eine theologische Bedeutung. Mittlerweile gibt es diverse Papiere und Erklärungen, auf Ebene der EKD und auch auf landeskirchlicher Ebene, die feststellen, dass das Judentum unlösbare Bindung zum Land Israel hat. Dazu heißt es bspw. in der Orientierungshilfe der EKD »Gelobtes Land? – Land und Staat Israel in der Diskussion« (2012) (S. 16): »Wir respektieren jüdisches Selbstverständnis, auch im Bezug auf das Land« und »Wir bejahen das Existenzrecht Israels.«

Der »böse« Zionismus

Die völlig einseitige und negative Beurteilung Israels spinnt Abromeit allerdings noch weiter. Den Zionismus reduziert er völlig kontextlos ins Negative und behauptete, dass Herzl von vornherein einen rein jüdischen Staat vor Augen gehabt und der Zionismus mit der Aussage »Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land« von Anfang an gelogen habe. Er rückt den Zionismus sogar in eine Kategorie mit den »völkischen Bewegungen«, die mit »ethnischen Säuberungen« arbeiten. Diese Behauptungen sind (nicht) nur völlig falsch, sondern auch erschreckend. Bereits mit der Unabhängigkeitserklärung von 1948 hat sich der Staat Israel auch an seine nichtjüdischen Einwohnerinnen und Einwohner gewandt und ihnen gleiche Rechte garantiert, so wie es heute auch im Staat Israel Realität ist. In Israel leben heute mehr als 25% Nichtjuden (Israel Central Bureau of Statistics).

Die Aussage »Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land« hat seinen Ursprung im christlichen Zionismus des 19. Jahrhunderts und wird immer

wieder – fälschlicherweise – von Antizionisten herangezogen, um zu zeigen, wie ungerecht der Zionismus angeblich war oder dass Zionisten eine ethnische Säuberung planten. Diana Muir stellt fest: »Solche Behauptungen haben keinerlei Basis in den Fakten: Sie leugnen sowohl das Bewusstsein seitens der frühen Zionisten, dass es Araber in Palästina gab, als dass sie auch die Verschmelzung einer palästinensischen nationalen Identität übertreiben, die sich in Wirklichkeit erst in Reaktion auf die zionistische Einwanderung entwickelte. Ebenfalls unwahr ist, was viele Antizionisten immer noch behaupten: dass die frühen Zionisten den Satz weithin anwandten.« (Diana Muir, *Middle East Quarterly*, Frühjahr 2008).

Kein Frieden für Israel?

Für einen Vortrag über Friedensvisionen überraschend hält Abromeit die Zwei-Staaten-Lösung für »realpolitisch faktisch ausgeschlossen«. Auch wenn sie von allen westlichen Regierungen und offiziell auch vom Staat Israel hochgehalten werde, wüssten alle, dass sie nicht machbar sei. Schuld daran, laut Abromeit, auch wiederum Israel, denn dafür müsste die israelische Regierung etwa eine Million jüdischer Bürger umsiedeln, was sie nicht mache. Stattdessen schlägt er eine Ein-Staaten-Lösung vor, auch wenn die Zahl der Palästinenser in absehbarer Zeit größer sein würde als die der jüdischen Israelis. Der Zwei-Staaten-Lösung so klar eine Absage zu erteilen, erstaunt. Nicht nur, dass sie bisher von den Kirchen, der Bundesregierung und der EU als Wunschlösung gilt, es stellt sich die Frage, wie er dazu kommt. Sollen wir als religiöse Vertreter in Deutschland nun bestimmen und vorschreiben, welche Lösungen die Nahostkonfliktparteien anzunehmen haben? Das ist völlig abwegig und realitätsfern. Es zeigt sich allerdings schnell, welche Überzeugung dahintersteckt: die Auflösung des jüdischen Staates. Für Abromeit, das ist das Tragische, kann wohl ein jüdischer Staat nie demokratisch sein und damit automatisch eben ein demokratischer Staat nicht jüdisch. Er unterschlägt dabei, dass der Terminus »jüdischer Staat« ein Grundprägung beschreibt und nicht die ethnische Zusammensetzung oder die politische Agenda. Viele Länder Westeuropas und auch die USA sehen sich als christliche oder christlich geprägte Länder. In deutschen Ministerien finden sich Weihnachtsbäume und Osterschmuck. Unsere Regierungspartei hat »christlich« im Namen. Das bedeutet nicht automatisch, dass Deutschland nicht demokratisch sein kann oder keine Religionsfreiheit garantiert.

Abromeit hantiert auch mit utopischen Zahlen: woher nimmt er die eine Million Israelis, die für ein Friedensabkommen umgesiedelt werden müssten? Laut CIA World Factbook lebten 2016 ca. 391.000 Israelis in der Westbank. Aber selbst das bedeutet nicht automatisch, dass bei einer Zwei-Staaten-Lösung alle umgesiedelt werden müssten. Wie frühere Friedensverhandlungen gezeigt haben, ist auch ein Landtausch eine Option, bei der grenznahe Siedlungsblöcke israelisch bleiben könnten. Die allermeisten Siedler wohnen nahe der »grünen Linie«.

Fazit:

Bischof Abromeit widerspricht diametral den Positionen seiner eigenen Kirche. Wir begrüßen, dass sich die Kirchenleitung der Nordkirche von den Aussagen Abromeits klar distanziert hat und ausdrücklich und uneingeschränkt das Existenzrecht und die Sicherheit Israels bejaht und unterstützt.

Wir stellen fest, dass seine ganze Argumentation völlig einseitig zu Lasten Israels geht und der Zionismus auf das Allernegativste reduziert wird. Solch schematisches Täter/Opfer-Denken und einseitige Schuldzuschreibungen werden der Realität nicht gerecht und tragen sicherlich nicht zum Frieden bei. Statt Ablehnung von Friedensoptionen, sollten wir den Mut zum Frieden nicht verlieren und uns beharrlich für Verständigung, Ausgleich und Frieden im Nahen Osten einsetzen. Wir Rabbiner werden weiterhin kontinuierlich für Frieden in Israel und überall auf der Welt beten und hinarbeiten.

(Link zu den Seiten der ORD: <http://www.ordonline.de/aktuelles/stellungnahme/>)

Stellungnahme des DKR

27. August 2019 – Friedhelm Pieper² Im Namen von Präsidium und Vorstand des Deutschen Koordinierungsrates christlich-jüdischer Gesellschaften

Die israelkritische Rede des Bischofs im Sprengel Mecklenburg und

² Pfr. Friedhelm Pieper ist Evangelischer Präsident des Deutschen Koordinierungsrates der

Pommern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Hans-Jürgen Abromeit, Anfang August hat viele kritische Reaktionen hervorgerufen.

Der jüdische Präsident des DKR, Prof. Dr. Andreas Nachama hatte bereits am 8. August in der »Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung« seinen Einspruch gegen die Rede unter dem Titel »Im Sprengel lebt das Alte noch« veröffentlicht: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/im-sprengel-lebt-das-alte-noch/>

Darüber hinaus hatte das DKR-Präsidium gemeinsam in einem Brief an Bischof Abromeit auf die höchst irritierenden Passagen seiner Rede, insbesondere was die Darstellung des Zionismus und die Interpretation biblischer Texte betrifft, hingewiesen und festgestellt, dass sie deutlich hinter Einsichten des christlich-jüdischen Dialogs zurückfallen.

Die nachfolgend vom evangelischen Präsidenten des DKR, Pfarrer Friedhelm Pieper, formulierte Stellungnahme hat sich nun der gesamte DKR-Vorstand zu eigen gemacht. Die Vorstandsmitglieder wollen damit ihren Widerspruch gegen die Ausführungen von Bischof Abromeit öffentlich zum Ausdruck bringen und damit vor allem jene höchst problematischen theologischen Argumente zurückweisen, die in der Diskussion bislang zu wenig beachtet wurden.

Vom christlich-jüdischen Dialog irritierend unberührt. Widerspruch zur israelkritischen Rede von Bischof Abromeit

Die Rede des Bischofs im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Hans-Jürgen Abromeit, am 1. August 2019 vor der Konferenz der Deutschen Evangelischen Allianz hat sehr viel Kritik erfahren. Insbesondere seine Bemerkungen zu einer angeblichen »Überidentifikation mit Israel« aufgrund der deutschen Schuld in der Schoah standen dabei im Zentrum der kritischen Reaktionen. Nach einer Meldung der Ostsee-Zeitung vom 5. August bedauert Bischof Abromeit inzwischen diese »Wortwahl«.

In der Debatte um die Abromeit-Rede weniger beachtet geblieben sind allerdings höchst problematische theologische Argumente des Bischofs.

Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Bad Nauheim. Er arbeitet als Referent für Interreligiösen Dialog, Schwerpunkt Judentum und Naher Osten, im Zentrum Oekumene der Evangelischen Kirchen in Hessen und Nassau und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck in Frankfurt a.M. Friedhelm Pieper ist wie der nachfolgende Autor Sebastian Engelbrecht auch Absolvent von »Studium in Israel«.

Im Folgenden versuche ich, diese und andere Argumente von Bischof Abromeit kritisch zu analysieren. Ich verwende dabei für das »Alte Testament« (AT) der christlichen Bibel zum Teil auch die Bezeichnung aus der jüdischen Tradition: »Tanach«.

In seiner Rede führt Bischof Abromeit zunächst aus, er versuche »die Narrative von Israelis und Palästinensern zu verstehen«.

Nach Lektüre des Redemanuskripts aber drängt sich der Eindruck auf:

1. dass die zionistische Bewegung vor allem negativ gezeichnet wird,
2. dass gleichzeitig für Deutsche eine »Überidentifikation mit Israel« behauptet wird,

3. dass eine »religiöse Aufladung« politischer Perspektiven nur in Israel wahrgenommen und kritisiert wird, dabei aber andere »religiöse Aufladungen« von Politik gar nicht zur Kenntnis genommen werden.

4. Dabei wird das Kapitel 4 aus dem Johannesevangelium so interpretiert, dass in der Lehre des Jesus von Nazareth »die Bindung eines bestimmten Volkes an ein bestimmtes Land« aufgehoben wäre, womit Abromeit also glaubt, im Neuen Testament die Aufhebung der Landesverheißung an das Volk Israel feststellen zu können.

5. Zugleich wird in der Perspektive einer den Tanach überbietenden Entwicklung behauptet, dass die im AT »noch« vorhandene »räumlich-materielle« Einstellung im Neuen Testament eine Spiritualisierung finde, die für Bischof Abromeit offenbar eine notwendige Weiterentwicklung einer zu überwindenden Vorstufe darstellt.

Auf diese kritischen Punkte möchte ich mit dem Folgenden näher eingehen.

Ad 1. Negativbild der zionistischen Bewegung

Die Rede beteiligt sich am Zionismus-kritischen Diskurs, der nach Abromeit behauptet: »Der frühe Zionismus formulierte dazu ein griffiges Schlagwort: ‚Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land.‘« Geht man nun aber der Geschichte dieses Satzes nach, findet man, dass er mitnichten von frühen Zionisten erfunden und geprägt wurde. Der Satz stammt aus dem kirchlichen Diskurs über das »Heilige Land« insbesondere in Großbritannien im 19. Jahrhundert:

Diana Muir hat in ihrem Beitrag im »Middle East Quarterly«, 2008, S. 55–62, (online: <https://www.meforum.org/1877/a-land-without-a-people->

for-a-people-without) nachgewiesen, dass der wohl äam frühesten veröffentlichte Gebrauch des Satzes ... vom Geistlichen Alexander Keith von der schottischen Kirche in seinem Buch von 1843 »The Land of Israel According to the Covenant with Abraham, with Isaac and with Jacob« zu stammen scheint. (Die deutsche Fassung des Muir Aufsatzes hier online: <https://heplev.word-press.com/2012/10/05/ein-land-ohne-ein-volk-fur-ein-volk-ohne-ein-land/>).

Muir kann auch deutlich machen, dass die britischen Theologen diesen Satz nicht deshalb gebrauchten, weil sie etwa keine Wahrnehmung der arabischen Bevölkerung gehabt hätten oder diese verdrängten. Es ging nach Muir damals um die Frage, in wessen Verantwortung im bekämpften und sich auflösenden Osmanischen Großreich das Gebiet westlich des Jordans künftig zu fallen hätte, das im christlichen Westen als »Heiliges Land« oder »Land Israel« als eigene Entität wahrgenommen wurde, während es im Nahen Osten als inklusiver Teil Syriens galt.

Der Satz ist in der Tat dann auch von Teilen der zionistischen Bewegung aufgegriffen worden, offenbar zuerst von Israel Zangwill (so Muir). Die wörtliche Wahrnehmung des Satzes ist dabei aber zugleich von Anfang auch kritisiert und angegriffen worden – auch innerhalb der zionistischen Bewegung. So schrieb »Robert Weltsch, Herausgeber der angesehenen zionistischen Wochenzeitung Jüdische Rundschau ... im August 1925: 'Wir mögen ein Volk ohne Heimat sein, aber es gibt kein Land ohne Volk. Palästina hat bereits eine Bevölkerung von 700.000 Menschen« (s. Muir). Auch Theodor Herzl erwähnt in »Der Judenstaat« die vorhandene Bevölkerung in Palästina und nach Muir taucht der Satz »Land ohne Volk« »niemals in Herzls Büchern, Briefen oder Tagebüchern auf«.

Natürlich gab und gibt es jüdische Stimmen, die die arabische Bevölkerung nicht wahrnehmen wollten oder wollen. Aber nun ausgerechnet die in Israel höchst umstrittene und wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder rechtskräftig von einem israelischen Gericht zu einer Strafzahlung verurteilte Sara Netanjahu zur Kronzeugin einer von Abromeit ausgemachten Linie des Zionismus zu machen, ist weder fair noch angemessen.

Es gibt in Israel kritische Geschichtswissenschaft, die sich intensiv mit den hellen und dunklen Kapiteln der Entstehung des Staates Israel auseinandersetzt. Selbstkritik ist ein unschätzbare Beitrag zur Überwindung von Sackgassen in Konfliktkonstellationen! Wir wären im Nahostkonflikt

sicher schon erheblich weiter in der Verständigung, wenn solche Selbstkritik in Bezug auf die Geschichtsschreibung nicht nur in Israel, sondern auch etwa bei Hamas, Islamischer Jihad, Fatah, Hisbollah, im Irak, in Ägypten und im Iran sich deutlich vernehmbar artikulieren würde! Wir haben aus israelischen Quellen erhebliches, auch sehr kritisches Material, während aus ägyptischen, türkischen, jordanischen, syrischen, libanesischen, irakischen und iranischen Archiven bisher vergleichsweise wenig Quellen zu den Entwicklungen der Anfänge des 20. Jahrhunderts im Nahen Osten kritisch ausgewertet und veröffentlicht wurden.

Warum Abromeit unter den kritischen neuen israelischen Historikern nun sich gerade auf den bei diesen Akademikern höchst umstrittenen Ilan Papp% bezieht, wird nicht deutlich.

Vielleicht, weil Papp% ihm das Stichwort »ethnische Säuberung« als »gezielte Vertreibungspolitik« von Seiten der jüdischen militärischen Verbände liefert, das er gern übernimmt. Ich kann hier die intensive Debatte unter israelischen Historikern über Ilan Papp%'s Beiträge nicht darlegen. Folgendes aber ist mir bei Abromeit aufgefallen: Dass im Zusammenhang mit der Staatsgründung Israels »Gewaltakte gegen alteingesessene jüdische Gemeinschaften in den arabischen Ländern« zu Vertreibung und Flucht von »über 850.000 arabische(n) Juden« führten, erwähnt Bischof Abromeit neutral berichtend auch. Ein wertendes Stichwort wie »ethnische Säuberung« oder ähnliches fällt dem Redner allerdings dazu nicht ein. Liegt das nur daran, dass es eine vergleichsweise höchst kritische Geschichtsschreibung bei Israels Nachbarn nicht gibt?

Es gibt für mich keinen Grund, zu kritisierende Gewalt von Seiten des jüdischen Jischuw (jüdische Gemeinschaft in Palästina vor der Gründung des Staates Israel) zu verdrängen und schön zu reden. Und ich habe hohen Respekt vor der kritischen Geschichtsschreibung von Seiten wissenschaftlicher Institute in Israel. Ich finde es allerdings unfair und unangemessen, wenn diese kritische israelische Geschichtsschreibung zu einer grundsätzlichen Negativzeichnung des Zionismus benutzt wird, während wir gleichzeitig bisher vergleichsweise wenig kritische Auswertungen der Quellen bei den Nachbarn Israels zur Kenntnis haben nehmen können.

Es ist auch höchst irritierend, dass Bischof Abromeit den Zionismus als Form einer »völkischen Bewegung« interpretiert. Hat Abromeit nicht wahrgenommen, dass die Bezeichnung »völkisch« seit dem 20. Jahrhundert einen rassistischen Volksbegriff beinhaltet? Nimmt der Redner nicht

wahr, dass solche Begriffswahl den Zionismus letztlich mit dem Nationalsozialismus gleichsetzt?

Ad 2: Überidentifikation mit Israel?

Wer im deutschen Kontext die Situation Israels und seiner Nachbarn diskutiert, kann sich nicht aus der geschichtlichen Verantwortung davonstellen, in der Deutsche nach der Shoah stehen. Das bedeutet, dass gerade in Deutschland verantwortlich und geschichtsbewusst über den Nahen Osten nachgedacht und geredet werden muss. Ich empfinde, dass diese besondere Verantwortung mit dem Begriff »Überidentifikation« völlig unangemessen infrage gestellt wird. Zu Recht weisen Theologinnen und Theologen der Universität Greifswald in ihrem Widerspruch zur Rede des Bischofs darauf hin, dass eine »'Überidentifikation' aufgrund der historischen Schuld ... im Umkehrschluss unausweichlich zu einer Relativierung jener Schuld« führt. (https://www.christen-juden.de/fileadmin/user_upload/baukasten/Baukasten_Christlich_Juedischer_Dialog/Dokumente/2019-Stellungnahme-Abromeit-Uni-Greifswald.pdf).

Auf den Internetseiten des Auswärtigen Amtes wird verdeutlicht, dass Deutschland seine Nahostpolitik im Kontext der EU und des Nahost-Quartetts (UNO, USA, Russland, EU) durchführt. In den Berichten der EU und des Quartetts, die das Auswärtige Amt veröffentlicht, wird sehr sorgfältig die Situation Israels und der Palästinenser analysiert und kritisch benannt, was auf beiden Seiten Verhandlungen und Annäherungen verhindert. Wo lässt sich da eine »Überidentifikation« nachweisen?

Bischof Abromeit unterstellt, dass aufgrund der Tatsache, dass sich Israel als jüdischer Staat versteht, dies »prinzipiell(!) die Benachteiligung der Palästinenser« mit sich bringen würde. Das würde ja bedeuten, dass aufgrund der Tatsache, dass sich Deutschland als europäischer Staat versteht, alle Nichteuropäer in unserem Land »prinzipiell« benachteiligt wären. Jeder Staat hat eine kulturelle und zumeist auch eine religiöse Geschichte und Prägung. Daraus erwächst nicht notwendigerweise eine Benachteiligung von Minderheiten. Es kommt entscheidend darauf an, wie die geschichtliche, kulturelle und religiöse Prägung mit der Anerkennung von Bürgerrechten, insbesondere von Minderheiten in Einklang gebracht wird.

Deutschland hat eine christliche Prägung, hat den Sonntag als arbeitsfreien Tag und die christlichen Feiertage im Kalender; dennoch würde Bischof Abromeit diesem Land seinen demokratischen Charakter wohl nicht absprechen. Wenn es nun einen einzigen Staat in dieser Welt gibt, der eine jüdische Prägung hat, der den Schabbat als arbeitsfreien Tag kennt und die jüdischen Feiertage im Kalender hat, warum muss Abromeit dem unterstellen, dass dadurch prinzipiell (!) die Palästinenser benachteiligt würden?

Es gibt keinen Anlass, solche Entwicklungen in Israel zu verdrängen, die tatsächlich auf Benachteiligungen nichtjüdischer Minderheiten hinauslaufen. Es ist aber unangemessen und unfair, Israel schon aufgrund der Tatsache, dass es sich als jüdischer Staat versteht, zu unterstellen, dass es dadurch prinzipiell (!) nichtjüdische Bürgerinnen und Bürger benachteilige.

Ad 3: Religiöse Aufladung der Politik nur in Israel?

Unter dem Titel »La Revanche de Dieu. Chr%/tiens, juifs et musulmans %a reconqu%ete du monde« (deutscher Titel: Die Rache Gottes. – Radikale Moslems, Christen und Juden auf dem Vormarsch) beschrieb der französische Sozialwissenschaftler Gilles Kepel 1991, wie nur 10 Jahre nach der scheinbaren Durchsetzung einer säkularen Weltdeutung (symbolisiert durch das Jahr 1968) sich in der iranischen Revolution (1979) religiös begründete politische Machtansprüche mit Gewalt in der Öffentlichkeit zurückmeldeten und sich seitdem behaupten. Insbesondere der Iran ist seitdem eine ständige Bedrohung für die Welt und gibt regelmäßig als eines der Staatsziele der Islamischen Republik Iran die völlige Auslöschung Israels bekannt. Dafür rüstet die Islamische Republik die religiösen bewaffneten Gruppierungen Hisbollah, Hamas und Islamischer Jihad kontinuierlich weiter auf. Hisbollah hat inzwischen an der Nordgrenze zu Israel mithilfe der Islamischen Republik Iran ein Arsenal von über 100.000 Raketen angehäuft.

Es ist angesichts dessen völlig unverständlich, wie Bischof Abromeit den Satz formulieren kann: »Während ansonsten weltweit versucht wird, strikt zwischen der Sphäre der Religion und der Sphäre der Politik zu unterscheiden, gilt dies für die Beurteilung der Politik in Israel nicht.« Damit macht Abromeit das weltweit zu beobachtende und in der Tat

höchst kritische Problem der Instrumentalisierung von Religion zu politischen Zwecken völlig einseitig nur an Israel fest.

Ad 4.: Auflösung der Landverheißung im Neuen Testament?

Bei seinen eigenen Versuchen, biblische Visionen »in Politik umzudenken« stellt Bischof Abromeit die steile These auf: »Das Neue Testament hebt nämlich die Bindung eines bestimmten Volkes an ein bestimmtes Land auf.« Das allerdings ist nun keine sachgemäße Interpretation neutestamentlicher Perspektiven auf die Verheißungen im Tanach.

Abromeit bringt keinen Beleg für seine Aufhebungstheologie. Er bedient ein *argumentum e silentio*, das biblisch hermeneutisch in die Irre führt. Aus der Tatsache, dass das NT die Landverheißung nach seiner Wahrnehmung gar nicht erwähnt, schlussfolgert er die Aufhebung dieser Verheißung.

Nun haben aber bekanntermaßen die Autoren des NT keine neue Bibel schreiben wollen. Sie haben den Tanach als »heilige Schriften« (Röm 1,2) vorausgesetzt, inklusive der mit dem Bund Gottes an Israel verbundenen Landesverheißung.

Nach Paulus sind die »Verheißungen« an das Volk Israel und die »Bundesschlüsse« in Kraft (Röm 9,4) und nicht aufgehoben oder aufgelöst! Es gilt: »Gottes Gaben und Berufung können ihn nicht gereuen« (Röm 11, 29). Und in 2. Kor 1,20 urteilt Paulus: »Denn auf alle Gottesverheißungen ist in ihm (Jesus) das Ja; darum sprechen wir auch durch ihn das Amen, Gott zur Ehre.«

Vor diesem Hintergrund urteilt die EKD Studie Christen und Juden III: »Zu den neuen Einsichten, die aus dem christlich-jüdischen Dialog ihren Weg bis in die Grundordnungen mehrerer Gliedkirchen der EKD hinein gefunden haben ... , gehören der ungekündigte Bund Gottes mit seinem Volk Israel und dessen bleibende Erwählung. Es ist unbestreitbar, dass nach dem biblischen Befund Erwählung, Bund und Landverheißung aufs Engste miteinander verknüpft sind (z.B. 1.Mose 12,1ff; 17,2ff; 5.Mose 6,1ff).« Die Studie versucht dann anschließend aufzuzeigen, wie heute verantwortungsvoll mit dem Thema »Landverheißung« umgegangen werden kann.

Es kommt hinzu, dass Abromeit das in der Anhängerschaft Jesu vorhandene Nachsinnen über eine Wiederherstellung einer autonomen

Gemeinschaftsform des Volkes Israel gänzlich übersieht. Wir lesen aber in Apg 1, dass der Autor der Apg uns die Jüngerschaft Jesu nach einer 40-tägigen Belehrung durch den als Auferstandenen wahrgenommenen Jesus über das Reich Gottes so vorstellt, dass sie vor allem mit einer messianischen Frage schlussendlich an Jesus herantritt: »Herr, wirst du in dieser Zeit wieder aufrichten das Reich für Israel?« (V 6). Diese Frage nach der Wiederherstellung eines autonomen Israels hat also nach Apg offenbar einen hohen Stellenwert unter der Jüngerschaft Jesu! Und wie reagiert Jesus darauf? Es weist die Frage nicht zurück, er behauptet keine Auflösung dieser klassischen israelitischen Hoffnung. Er verweist einzig und allein darauf, dass die Realisation dieser Hoffnung Gott allein vorbehalten bleibt: »Er sprach aber zu ihnen: Es gebührt euch nicht, Zeit oder Stunde zu wissen, die der Vater in seiner Macht bestimmt hat« (V 7).

Die steile These Abromeits von der Auflösung der Landverheißung durch die Autoren des Neuen Testaments ist zurückzuweisen! Sie widerspricht dem biblischen Befund und den Einsichten des christlich-jüdischen Dialogs, in dem auch ausgesagt wird: »Wir respektieren jüdisches Selbstverständnis, auch im Bezug auf das Land« (EKD -Orientierungshilfe »Gelobtes Land?«, 2012, S. 16).

Ad 5.: Religionsgeschichtliche Interpretation einer »noch« vorhandenen »räumlich-materiellen« Vorstellung im Tanach gegenüber einer »spiritualisierenden« Haltung des NT.

Abromeit sagt: »Das Zurücktreten der religiösen Bedeutung des Wohnens im Lande hängt auch damit zusammen, dass das Neue Testament im Vergleich mit dem Alten Testament die Verheißungen stärker spiritualisiert. War im Alten Testament der räumlich-materielle Bezug noch stark, so wird er im Neuen Testament ganz aufgegeben. Das zeigt sich z.B. in der Stellungnahme, die Jesus auf die Anfrage der samaritanischen Frau in Johannes 4, 20 abgibt, ob es richtig wäre, auf dem Garizim (wie die Samaritaner) oder in Jerusalem (wie die Juden) zu beten: 'Gott ist Geist, und die ihn anbeten, die müssen ihn im Geist und in der Wahrheit anbeten' (Johannes 4, 24). Obwohl Jesus die Herkunft des Heils von den Juden betont (4, 22), hat dies für den gegenwärtig angemessenen Kultort keine Bedeutung. Gott bindet sich nicht an ein bestimmtes Territorium. Deswegen gibt es auch nicht die Unterscheidung zwischen legitimen und illegitimen Kultorten.«

Dies ist eine merkwürdig abstrakte und unsachgemäße Wahrnehmung der biblischen Texte. Die Spannung zwischen »räumlich-materiellen« und »spirituellen« Perspektiven ist eine Grundspannung aller biblischen Texte, sowohl im Tanach als auch im Neuen Testament! Schon bei der Schöpfungsgeschichte schwebt der Geist über dem Wasser. Darum geht es doch in allen Büchern des Tanach und des Neuen Testaments, wie das Irdische und das Himmlische in eine Begegnung kommen, wie der irdische Mensch auf Gott sich ausrichten und in den »materiell-räumlichen« Sphären sein Leben spirituell UND materiell ausgestalten kann und soll.

Die Haltung Jesu in Joh 4 spiegelt die prophetische Linie wieder, wonach der Tempel als Gebäude keine religiöse Sicherheit garantieren kann, sondern als Haus des Gebets, als Ort der Erinnerung an göttliche Gebote und der Einweisung in ein diesen Geboten entsprechendes Leben wahrgenommen werden soll (vgl. Jeremia 7). Das Johannesevangelium formuliert dabei auch unter dem Eindruck der Zerstörung des Tempels (70 CE) und also in der Notwendigkeit, Formen des Gebets ohne Tempel weiterzuentwickeln.

Angesichts der geistlichen Tiefe der Bücher des Tanach ist völlig unbegreiflich, wie Abromeit hier eine »noch« vorhandene Schwerpunktsetzung auf »räumlich-materielle« Bezüge wahrnimmt. Bis heute zehrt etwa die Kirche für ihre Gottesdienste von der spirituellen Sprache und der geistlichen Tiefe der Psalmen!

Auch die Sendung der christlichen Gemeinde vollzieht sich nicht in einem abstrakten, nur spirituellen Raum, sondern ganz konkret »räumlich-materiell«: »in Jerusalem und in ganz Judäa und Samarien und bis an das Ende der Erde«, womit auch eine »spirituelle« Vision des Propheten Jesaja »materiell-räumlich« vergegenwärtigt wird: »Er spricht: Es ist zu wenig, dass du mein Knecht bist, die Stämme Jakobs aufzurichten und die Zerstreuten Israels wiederzubringen, sondern ich habe dich auch zum Licht der Völker gemacht, dass mein Heil reiche bis an die Enden der Erde.«

Ein Kennzeichen der Gemeindegründungen des Apostels Paulus war auch, dass er die christlichen Gemeinden dazu aufrief, eine Beziehung zur Urgemeinde in Jerusalem zu pflegen und für diese materiell nur mit geringen Gütern ausgestattete Gemeinde zu sammeln. So lesen wir etwa in Röm 15, 26f: »Denn Makedonien und Achaia haben eine Gabe der Gemeinschaft beschlossen für die Armen unter den Heiligen in Jerusalem.

Sie haben's beschlossen, denn sie sind auch ihre Schuldner. Denn wenn die Völker an ihren geistlichen Gütern Anteil bekommen haben, ist es recht und billig, dass sie ihnen auch mit irdischen Gütern dienen.« Auch im NT sollen die spirituellen Bezüge nicht die konkreten »räumlich-materiellen« Bedingungen verdrängen, sondern eben diese als Bewährungsraum für das Handeln der Glaubenden wahrnehmen.

Mit der These, dass »im Alten Testament der räumlich-materielle Bezug noch stark« sei und dieser dann »im Neuen Testament ganz aufgegeben« wird, nimmt Bischof Abromeit eine religionsgeschichtliche Perspektive ein, wie sie im deutschen Protestantismus von Schleiermacher und Harnack profiliert vertreten wurde. Auf dieser Linie wird das Alte Testament zu einer Vorstufe des Neuen Testaments degradiert.

In dem bereits oben erwähnten Widerspruch Greifswalder Theologinnen und Theologen wird in Bezug auf die Interpretation biblischer Texte durch Bischof Abromeit auch deutlich, dass der Redner höchst einseitig Texte in Bezug auf Gewalt nur im Alten Testament problematisiert und so eine negative Folie produziert

Mit seiner bibelhermeneutischen Haltung fällt Bischof Abromeit deutlich hinter den Lernprozess der Kirchen im christlich-jüdischen Dialog zurück!

In der Kundgebung »Martin Luther und die Juden – Notwendige Erinnerung zum Reformationsjubiläum« hat die Synode der EKD 2015 erklärt: »Wir erkennen die Notwendigkeit eines kritischen Umgangs mit unserem reformatorischen Erbe in der Auslegung der Heiligen Schrift, insbesondere des Alten Testaments. Wir erkennen in der jüdischen Auslegung des Tenach »eine auch für die christliche Auslegung nicht nur legitime, sondern sogar notwendige Perspektive« (Kirche und Israel, Leuenberger Texte 6, II, 2.2.7); denn die Wahrnehmung jüdischer Bibelauslegung erschließt uns tiefer den Reichtum der Heiligen Schrift.«

Die Rede von Bischof Abromeit verdeutlicht, in welche Sackgassen alter protestantischer Theologie man sich verirren kann, wenn man die Einsichten des christlich-jüdischen Dialogs nicht in die Behandlung der Themenfelder »Judentum« und »Naher Osten« einbezieht.

Der Rückfall

Hans-Jürgen Abromeits Nahost-Vortrag ist eine theologisch-politische Verirrung

Sebastian Engelbrecht³ in Zeitzeichen

Hans-Jürgen Abromeit war von 2001 bis 2012 Bischof der Pommer-schen Evangelischen Kirche und von 2012 bis 2019 Bischof des Sprengels Mecklenburg und Pommern der Nordkirche. Sein Vortrag »Zwei Völker – ein Land« über Israel und Palästina vom 1. August 2019 in Bad Blankenburg hat Widerspruch in der Öffentlichkeit hervorgerufen.

Der Rechtsruck in der Gesellschaft ist unübersehbar in der Kirche angekommen. Dies bezeuge der umstrittene Nahost-Vortrag des bisherigen Greifswalder Bischofs Hans-Jürgen Abromeit, meint Sebastian Engelbrecht. Der Theologe und Journalist war fünf Jahre für die ARD in Tel Aviv und ist seit 2019 Korrespondent im Landesstudio Berlin und im Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks.

Der Vortrag »Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina«, den der kürzlich aus dem Amt verabschiedete Bischof Hans-Jürgen Abromeit am 1. August bei der Jahreskonferenz der Deutschen Evangelischen Allianz im thüringischen Bad Blankenburg vortrug, ist eine theologisch-politische Verirrung. Es scheint, als wolle einer das Rad der Theologiegeschichte mindestens um vierzig, wenn nicht um 75 Jahre zurückdrehen. Alle Fortschritte, die drei Generationen von Theologinnen und Theologen in Deutschland und Europa seither im Verhältnis zwischen Kirche und Israel erzielt haben, werden mit diesem Text ignoriert und bewusst negiert. Das ist erstaunlich, denn die Theologie des jüdisch-christlichen Dialogs ist seit den Sechzigerjahren ins allgemeine kirchliche Bewusstsein eingegangen, in die Präambeln von Grundordnungen und Kirchenverfassungen.

Um das Ausmaß der Verirrung zu erkennen, reicht es allerdings nicht aus, die gewohnt plakative Rezeption des Vortrags durch die Bild-Zeitung am 5. August zu beobachten: »Skandal um Anti-Israel-Rede von deutschem Bischof«. Das Blatt stieß sich vor allem an Abromeits Formulie-

³ Sebastian Engelbrecht ist Journalist und Kirchenhistoriker. Er lebt in Berlin. Außerdem ist er Absolvent von Studium in Israel,

nung, »aus dem Schuldbewusstsein der Deutschen« folge eine »Überidentifikation mit dem Staat Israel«. Es lohnt sich, den Vortrag selbst im Einzelnen unter die Lupe zu nehmen, um den theologischen Sündenfall zu erkennen, der dieser Spitzenformulierung vorausgeht und logisch auf sie zuläuft. Dazu zehn Beobachtungen:

1. Warum heute? »Seit Jahrzehnten kommt der Nahe Osten nicht zur Ruhe«, beginnt Abromeit. Zu erwarten wären Ausführungen über die Kriege in Syrien, im Jemen und in Libyen, die seit 2010 hunderttausende Tote gekostet haben und für die es bis heute keine Lösung zu geben scheint. Zugleich sorgen sich die Europäer angesichts einer möglichen Konfrontation zwischen Iran und den Vereinigten Staaten im Persischen Golf. In diesem Sommer dominierte Angst vor einem Krieg zwischen diesen beiden Staaten die politische Szenerie im Mittleren Osten. Hans-Jürgen Abromeit aber richtet bei einer Konferenz unter dem Thema »Hoch und Heilig« den Blick auf die Situation in Israel und den palästinensischen Gebieten.

Das ist recht und billig, es bleibt aber die Frage: Warum gerade jetzt? Welche drängende Herausforderung rückt dieses Thema gerade jetzt in den Vordergrund? Das wird erst deutlich, wenn man den ganzen Vortrag gelesen hat. Der Autor hält die Zeit für gekommen, Israel und den Juden endlich einmal zuzurufen, »was gesagt werden muss«, im Geiste der Verirrung von Günter Grass im Jahr 2012. Es ist die politische Großwetterlage in Deutschland, die Abromeit zu diesem Schritt ermutigt haben dürfte.

2. Israel als Problem: Abromeit stellt in einem ersten – politisch-historischen – Teil seines Vortrag die »Genese« des Nahost-Konflikts dar, erklärt im zweiten Abschnitt, warum Frieden nicht möglich ist, und fügt im dritten Teil eine »biblische Vision« zur Lösung des scheinbar ewigen Konflikts hinzu.

Im zweiten Gedankengang (»Ist Frieden möglich?«) führt der Bischof die Gründe auf, »die Frieden in Israel-Palästina fast unmöglich erscheinen lassen«, über den Lauf der Geschichte hinaus. Unter den »weiteren Belastungen« nennt Abromeit den »europäischen Nationalismus«, »das Erbe kolonialistischer Machtpolitik« und den »Staat Israel als Sekundärfolge der Shoas«. Diese Systematik macht stutzig. Die Gründung Israels ist also Grund für den Unfrieden in Nahost. Die mit dieser Systematik gegebene Logik lautet: Israel ist ein Problem. Wäre Israel nicht, wäre Frieden.

Auf Jesu Satz berufen

3. Rückfall in Zeiten vor dem Rheinischen Synodalbeschluss: Schon an diesem Grundriss des Vortrags wird deutlich, dass Abromeit sich nicht auf die Theologie des Epoche machenden Synodalbeschlusses »Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden« von 1980 einlassen will. Darin ist von der »Einsicht« die Rede, »daß die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind«. Die Gliedkirchen der EKD haben sich diese Theologie in Grundordnungen, Verfassungen oder Grundsatztexten zu eigen gemacht. In der Verfassung von Abromeits Nordkirche heißt es: »Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland bezeugt die bleibende Treue Gottes zu seinem Volk Israel.«

Statt dieser Linie zu folgen, beruft sich Abromeit auf Jesu Satz gegenüber der Samaritanerin in Johannes 4,24: »Gott ist Geist, und die ihn anbeten, die müssen ihn im Geist und in der Wahrheit anbeten.« Abromeit fügt hinzu: »Gott bindet sich nicht an ein bestimmtes Territorium.« Das Neue Testament, schreibt er, hebe »die Bindung eines bestimmten Volkes an ein bestimmtes Land« auf. Scharf formuliert Abromeit: »Es kann aus christlicher Sicht auch deswegen keine religiöse Legitimation für einen bestimmten Staat geben, auch nicht für Israel«. Mit anderen Worten: Die Wahrheit des Neuen Testaments übertrifft alles im Alten Testament Gesagte. Mit Jesu Geist-Theologie ist nach Abromeit jegliche Bindung an das Land Israel hinfällig.

4. Der Fehler des Zionismus: Damit spricht Abromeit Israel als Christ die Legitimität ab. Die politische Delegitimation wird mitgeliefert. Der Bischof aus Greifswald dekretiert, es sei ein »Geburtsfehler des Zionismus« gewesen, dass er nicht dem Religionsphilosophen Martin Buber gefolgt sei, der die Vision eines binationalen Staates verfolgt habe, eines Staates also für Juden und Araber. Stattdessen hätten sich Theodor Herzl und die Zionisten für einen »jüdischen Nationalstaat« entschieden.

Zu den siegreichen Zionisten zählt Abromeit die »Vordenker der Siedlungsbewegung«, Rav Kook und seinen Sohn Zvi Yehuda Kook, auf die sich die nationalreligiöse Siedlerbewegung zum Teil beruft (äGush Emunim«).

Ohne jede Differenzierung endet der Abriss der Geschichte des Zionismus bei einem Rechtsausleger der israelischen Siedlerbewegung. Abromeit diskreditiert damit den Zionismus insgesamt auf unseriöse Weise.

5. Die Überlegenheit des Neuen Testaments: In seiner »biblischen Vision«, die er zur Lösung des Nahostkonflikts anbietet, diskreditiert Abromeit jene Teile des Alten Testaments, die von einer exklusiven Erwählung Israels sprechen. Als Beispiel für diese partikularistische Theologie nennt er 5. Mose 7, 1–5.22, wo sich »furchtbare Aufforderungen zur Vernichtung aller Mitbewohner« der Israeliten in ihrem Land fänden. Nachdem er sich vom Partikularismus des Alten Testaments distanziert hat, preist der Mecklenburger Bischof die universalistischen Prophezeiungen von Jesaja, Hesekiel und Micha, die das »gemeinsame Wohnen« der Völker im Lande vor Augen hätten (ein »Leben in Vielfalt«).

Kanon auf Propheten beschränkt

Abromeits Kanon beschränkt das Alte Testament auf die Propheten, um ungehindert die theologische Überlegenheit des Neuen Testaments herauszustellen. Die Theologie des Eretz Israel, die sich wie ein roter Faden durch weite Teile der Hebräischen Bibel zieht, wird kurzerhand als illegitim ausgeschlossen.

6. Vermischung von Politik und Religion: Die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland hat in ihrer Stellungnahme vom 7. August zu Recht darauf hingewiesen, dass Abromeit sich bei der Verhältnisbestimmung von Religion und Politik in seinem Vortrag in Widersprüche verwickelt. Den nationalreligiösen Zionisten spricht er das Recht ab, sich bei der Besiedlung des palästinensischen Westjordanlandes auf die Thora zu berufen. Abromeits Vortrag selbst aber ist ein Dokument der religiösen Deutung politischer Verhältnisse. Er selbst empfiehlt die alttestamentlichen Propheten, das Neue Testament und die Gewaltlosigkeit Jesu als Richtschnur zur Lösung des Konflikts.

7. Israel und Judentum sind eins: Gefährlicher sind andere Unschärfen. Im dritten Kapitel zur »biblischen Vision« mengt Abromeit ständig die Begriffe »Israel« und »Judentum« durcheinander. Es wird nicht mehr deutlich, ob die Sicht der Autoren des Alten Testaments, des historischen Volkes Israel oder des »heutigen Judentums« gemeint sind. Letzterem empfiehlt er, »auch auf die Stimme der Propheten zu hören, die im Mit-

einander von Israel und den Völkern im Lande einen verheißungsvollen Weg sehen«.

8. Palästinensisches Leid: Undifferenziert und holzschnittartig stellt Abromeit auch die Situation der Palästinenser dar. Deren Mehrheit sei unter israelischer Besatzung geboren und habe »niemals etwas anderes als Unterdrückung erlebt«. Das sei »eine schwere Bürde für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen und palästinensischer Eigenverantwortung«. Wie ist es dann zu erklären, dass im Westjordanland und im Gaza-Streifen 14 Universitäten existieren, die alle ausnahmslos in Zeiten israelischer Besatzung gegründet wurden? Zudem bestehen im Westjordanland die Ministerien der Palästinensischen Autonomiebehörde – ein staatsähnliches System, das trotz Besatzung weite Teile des öffentlichen Lebens verwaltet. Und auch im Gaza-Streifen ist es nicht der Staat Israel, der die »Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen« verhindert, sondern das totalitäre System der islamistischen Hamas.

9. Beten als Ziel: Und was ist das Ergebnis von Abromeits abenteuerlichem Ritt durch zwei Testamente, die Geschichte Israels, des Judentums und der Palästinenser? Er schreibt am Ende zur Wirkmächtigkeit der »christlichen Überzeugung« im Prozess der »Überwindung des Konfliktes«: »Natürlich sind wir realistisch, unsere persönliche Überzeugung ist wichtig, aber trägt allein nicht viel aus.« Und ganz am Ende bekennt Abromeit: »Viel können wir von Deutschland aus nicht tun. Aber wir können für einen gerechten Frieden beten.« Der Leser fragt sich, wozu der schweißtreibende Gedankengang des Bischofs taugen soll, wenn am Ende das Gebet doch mehr hilft?

10. Die eigentliche Botschaft: Die eigentliche Botschaft ist eine andere. Kurz vor dem Ende seiner langen Amtszeit als Bischof der Pommerschen Evangelischen Kirche in Greifswald (2001 – 2012) und des Sprengels Mecklenburg und Pommern der Nordkirche (2012 – 2019) redet

Abromeit Tacheles. Er bricht mit der Theologie des jüdisch-christlichen Dialogs. Israel stellt er als historisches Problem hin, den Zionismus als von Geburt an fehlerhaft, das Alte Testament als ein Glaubenszeugnis, das über weite Strecken von einer Ideologie des Hasses geprägt ist. Zwischen den Zeilen lese ich: Wozu also gibt es diese Religion, dieses Volk, dieses Land noch? Unausgesprochen rechtfertigt dieser Text die Judenmission. Der einzig legitime Glaube bleibt am Ende der an den gewaltlosen, armen Jesus. Er steht für Liebe, Anbetung im Geist, Erhabenheit über weltliche

Territorialstreitigkeiten. Für ein lebendiges Judentum, geschweige denn für einen Dialog mit diesem Judentum bleibt da kein Platz.

Hoffentlich keine Nachahmer

Fazit: Es bleibt zu befürchten, dass die theologisch-politische Irrfahrt des Bischofs zum Ende seiner Amtszeit gewollt war und dass sich Abromeit vom Geist der Zeit und seiner Hörerschaft dazu ermutigt sah. Es bleibt zu hoffen, dass sein Versuch, einen beispiellosen theologischen Fortschritt im Verhältnis zwischen Kirche und Judentum wieder zunichte zu machen, keine Nachahmer findet. Denn der Bischof kehrt zu einer Theologie zurück, die das historische wie auch das heutige Israel allein vom Neuen Testament her deutet. Für diese Theologie ist auch das lebendige Judentum überflüssig – es hat seinen Platz als Missionsobjekt. Genau diese überwunden geglaubte Theologie gehörte zu den Wegbereitern der Shoah.

Der neue interreligiöse Kalender 2019

Der neue interreligiöse Kalender, jetzt im 22. Jahr, ist erschienen.

Der Kalender ist digital zu bestellen
in Deutschland bei judith.haar@web.de
außerhalb Deutschlands bei michaelkrupp@bezeqint.net
oder per Post

Judith Haar-Geißlinger – Marktstraße 40 – 63924 Kleinheubach

Michael Krupp – Ein Karem A 28 – Jerusalem 95744 – Israel

Größere Mengen (ab 15 Kalendern) können auch von Deutschland aus direkt bei Michael Krupp bestellt werden. Der Preis ist derselbe.

Bis zum 15.11. gilt der Subskriptionspreis

ein Kalender 8,- Euro (später 9,50)

ab 5 Kalendern je 7,50 (9,00)

ab 10 Kalendern je 7,- (8,50)

ab 20 Kalendern je 6,50 (8,00)

Der Kalender ist auch ein großartiges Geschenk für Freunde, Bekannte und Familie.

Einige Blätter des Kalender sind im Internet zu sehen, der Link dazu: <https://lee-achim.de/html/i-faith/cal.htm>

In diesem Jahr starten wir ein neues Projekt mit dem Kalender. Der Großteil der Kalender geht nach Deutschland. Das ist sehr schön, war aber nicht die erste Absicht der Begründer. Der Kalender soll zu allererst in Israel ein Gefühl für den anderen wecken. Man soll wissen, welche Feiertage der andere befolgt und soll sich mit ihm freundschaftlich verbunden fühlen und ihm dazu Glück wünschen. Da aber Israelis sich schwer tun unter den ohnehin nicht leichten Lebensbedingungen auch noch Geld für einen Kalender auszugeben, haben wir auch in der Vergangenheit den Kalender an sogenannte Multiplikatoren und Leute, die uns wichtig waren umsonst verschickt. Nun wollen wir den Kalender in die Schulen bringen, in einer Schule, die dazu bereit ist, soll der Kalender in jedem Klassenzimmer hängen. Das ist nicht so einfach, denn die meisten Schulen sind nicht daran interessiert, all zu viel über die Religion der anderen mitzuteilen. Es geht vielmehr um die Stärkung nur der eigenen Religion. Aber es gibt genug aufgeschlossene Schulen, die bereit sind. Die Aktion wird ermöglicht durch eine Spende des Kreises »Im Dialog – Evangelischer Arbeitskreis für das christlich-jüdische Gespräch in Hessen-Nassau«. Wir hoffen, dass das Projekt Zukunft hat und sich ausweitet, dann brauchen wir auch Ihre Unterstützung. *mk*

Zum Schluss

Bitte bezahlen Sie Ihr Jahresabonnement für 2020, wenn noch nicht geschehen

ZUR ERINNERUNG

Zur Erleichterung der Abrechnung für uns und zur Vermeidung von Irrtümern haben wir eine Kundennummer (KN) eingeführt. Sie finden sie

rechts oben auf dem Adressenaufkleber. Geben Sie diese Nummer in Zukunft bitte immer auf der Überweisung, nach dem Stichwort »Interfaith«, mit an.

Besten Dank für Ihre Mithilfe.


Das Weitererscheinen von *Religionen in Israel* ist davon abhängig, daß es von den interessierten Leserinnen und Lesern auch finanziell mitgetragen wird. Uns stehen für die Finanzierung des Blattes keine anderen Mittel als die der Leserschaft zur Verfügung. Wir möchten deshalb Verdienende um eine Spende von 16,- Euro, Nichtverdienende von 10,- Euro im Jahr bitten. Zusätzliche Spenden für das Erscheinen des Blattes und/oder unsere Arbeit vor Ort sind herzlich willkommen.

Für Spenden kann eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden, wenn sie an das Konto in Deutschland überwiesen werden und Euro 50,- übersteigen. (Bis Euro 50,- gilt die Durchschrift des Überweisungsträgers als Beleg beim Finanzamt.)

Buber Rosenzweig Stiftung, Postfach 1445, 61231 Bad Nauheim, Frankfurter Sparkasse, IBAN DE50 5185 0079 0030 0810 05, BIC HELA-DEF1FRI; Stichwort »Interfaith«.

Alle Überweisungen außerhalb Deutschlands bitte an folgendes Konto überweisen:

Krupp bei Kreissparkasse Tübingen,
IBAN: DE98 6415 0020 0000 5104 42, BIC: SOLADES1TUB
mit dem Vermerk »Interfaith«

Anzeige		
Lee Achim		לי אהים
Verlag Jerusalem Mischna Antiquariat		
Besuchen Sie unsere website www.lee-achim.de		